Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 220. Mittwoch, den 20. September 1911. 18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Zwischenhandel und Teuerung.

Die nun schon Jahre andauernde und jetzt infolge des Mißwachses außerordentlich stark einsetzende Lebensmitteleuerung in allen ihren Ursachen vorurteilsfrei an der Hand der Tatsachen festzustellen, ist um so notwendiger, als es Faktoren im Wirtschaftsleben gibt, die ein Interesse daran haben, die volle Wahrheit nicht zur Geltung kommen zu lassen.

Kühnlich behaupten diejenigen, die sich des Segens der agrarischen Schutzzölle, der Grenzsperren usw. erfreuen, daß diese Politik „völlig unschuldig“ an dem Steigen der Lebensmittelpreise sei. Das ist kein Irrtum, das ist eine bewußte Unwahrheit, eine den offenkundigen Tatsachen Hohn sprechende Lüge. Diese Politik ist unter der ausdrücklichen Voraussetzung, zu dem energisch angestrebten Zweck ins Werk gesetzt worden, den Großagrariern ungeheuere Profite auf Kosten der konsumierenden Volksmassen zu sichern. In welchem Maße, zum schwersten Nachteil der Volksernährung, insbesondere zum Schaden der arbeitenden Klassen dieser Zweck erreicht worden ist, haben wir schon oft genug eingehend dargelegt. Daß gerade in der letzten Zeit die Angriffe auf den agrarischen „Schutzzoll“-Lebensmittelwucher erheblich an Schärfe zugenommen haben, ist aus den vermehrten und verschärften Gefahren, die jetzt der Volksernährung drohen, leicht erklärlich.

Schon früher haben die konservativen und agrarischen Organe den allgemeinen Klagen über die Teuerung gegenüber versucht, die Schuld für diese Kalamität von sich abzuwälzen und sie ganz generell dem Zwischenhandel in Getreide, Vieh, Fleisch, sowie den Bäckern und Fleischern beizumessen. Sie haben, um die öffentliche Meinung gegen diese Mittelstandselemente scharf zu machen und für sich zu gewinnen, sogar mit der Ausschaltung des Zwischenhandels, des Bäckerei- und Fleischereigewerbes gedroht. Dafür haben die Vertreter dieser Erwerbsgruppen sich natürlich revanchiert. Nach ihrer Behauptung sind die Agrarier die „allein Schuldigen“ und sie die „unbedingt Unschuldigen“. Ein Unmaß „sittlicher Entrüstung“ über nichtsnutzige Verdächtigung“ hüben wie drüben.

Wir erleben jetzt die sehr scharf betriebene Wiederholung dieses schwindelhaften Spiels. Aber sollte die konsumierende Masse wirklich nicht merken, daß beide Teile, die auf offenem Markt sich streiten, der Agrarismus und der Zwischenhandel, sie belügen und zum Narren halten?! An dem Raubsystem, dem das Volk unterworfen ist, an dem Lebensmittelwucher insbesondere sind der Handel und die Nahrungsmittelindustrie beteiligt. Die agrarische Zoll- und Wirtschaftspolitik ist allerdings die wesentlichste Grundlage dieses Systems; sie bewirkt aber mit Notwendigkeit die Verschärfung der dem Handel und den Nahrungs- und Genußmittelindustrien von jeher innewohnenden Tendenz, die Preise nicht nur gelegentlich, sondern systematisch dauernd zu steigern und ihr Herabgehen zu verhindern. Agrarismus und Spekulation verteuern die Lebensmittel um die Wette. Dabei ist ersterer insofern im Vorteile, als die seinem Ausbeutungsinteresse dienende Zollpolitik alle Erzeugnisse der Landwirtschaft, die dem Massenkonsum dienen, das Getreide, das Vieh usw. usw., umfaßt und daß er der Spekulation als Hilfsmittel ganz selbständig sich bedienen kann, wie das u. a. recht drastisch beim Einfuhrscheinunwesen in die Erscheinung tritt. Im Terminhandel das gefährliche Spiel der Börse mitzumachen, haben die Agrarier nicht nötig. Sie kommen auch ohnedies auf ihre Rechnung. Sie bilden ein durch die Zollgesetzgebung im weitesten Maße begünstigtes und zusammengefügtes wirtschaftliches Ganzes, eine feste Sonderinteressen-Organisation, in der es freie Konkurrenz nicht gibt; das Gesetz liefert ihnen ihr Opfer, das Volk, mit gebundenen Händen aus. Als die agrarische Hochschutzzöllnerei ins Werk gesetzt wurde, versicherten ihre Nutznießer und Verteidiger, wenn wirklich einmal Preissteigerungen eintreten sollten, so werde das eine vom Schutzzollsystem unabhängige „schnell vorübergehende“ Erscheinung sein; die „normale Tendenz“ der Preisbewegung werde auf das Sinken gerichtet sein. Die Erfahrung hat das Gegenteil bewiesen. Die Preissteigerung wurde unter dem Schutzzollsystem der normale Zustand, durchaus entsprechend dem Zweck dieses Systems.

Der spekulative Handel und die Nahrungs- und Genußmittelindustrien haben sich der Tendenz der agrarischen Schutzzöllnerei durchaus angepaßt. Blind müßte man sein, um nicht zu sehen, in welch erheblichem Maße diese Faktoren an der Preistreiberei beteiligt sind. Sie haben sich nicht damit begnügt, den Preis der Produkte um den Betrag der darauf gelegten Zölle und Steuern zu Lasten der Konsumenten zu erhöhen; nein, sie nahmen die Gelegenheit wahr, unter allerlei Vorwänden die Preise um das Vielfache des Zoll- und Steuerbetrages in die Höhe zu treiben. Die Bewegung der Groß- und Kleinhandels-Preise für Getreide beziehungsweise Brot, Vieh, Fleisch und sonstige landwirtschaftliche Produkte, sowie für Kolonialwaren, für Bier, Branntwein usw. läßt das sehr deutlich erkennen. Es ist eine alte Erfahrung, daß an der Preissteigerung der Kleinhandel weit stärker beteiligt ist, als der Großhandel. Seit dem Jahre 1905 (bis August 1911) sind die Großhandelspreise von Nahrungs- und Genußmitteln um etwa 3 Proz., die Kleinhandelspreise aber im allgemeinen über 10 Proz., in manchen Fällen bis zu 30 Proz. gestiegen. Man beachte nur, daß die meisten dieser Produkte eine ganze Stufenleiter des profitsüchtigen Zwischenhandels bis zum endgültigen Einzelverkauf an den Verbraucher zu durchlaufen haben. Vom Produzenten geht die Ware an Großhändler, Verladefirmen, Agenten, Makler, Aufkäufer usw., bis zum Kleinhändler, und auf jeder Stufe bleibt „Verdienst“ hängen. Die ganze Summe der Handelsprofite muß schließlich der auf den Kleinhandel angewiesene Konsument im Kleinhandelspreise zahlen, wobei er nicht selten noch obendrein mit minderwertiger oder gar schlechter Ware vorlieb nehmen muß, besonders, wenn er durch das Borgsystem an den Kleinhandel gekettet ist. Es ist plumper Humbug, wenn versichert wird, daß der Zwischenhandel nach „wirtschaftlichen Gesetzen“, nach der durch die Menge und Güte der Produkte bestimmten Preisbildung sich richtet. Es ist immer eine künstliche Verteuerung, die da betrieben wird. So kommt es, daß z. B. das Faß amerikanischer Äpfel, das der Plantagenbesitzer in Washington für 3,60 Mk. abgibt, bis es die lange Reise zum Konsumenten durchmessen hat, einen Preis von 24 Mk. erreicht. Und zwar in Amerika selbst. Wir in Deutschland zahlen dann dem Kleinhändler für jeden Apfel das Zehn- bis Zwanzigfache des ursprünglichen Preises. B. F. Yoakum, der Vorsitzende einer großen Eisenbahnliniengesellschaft, sagte in einer Rede an den Landwirtschaftstag in Texas: „Die Bodenprodukte in Amerika haben 1910 ein Totalwert von 9 Milliarden Dollar (37,8 Milliarden Mark) gehabt. Nehmen wir an, daß die Farmer davon ein Drittel für den eigenen Gebrauch einbehalten haben, so haben die Konsumenten immer noch 13 Milliarden Dollar für das bezahlt, wofür nur 6 Milliarden in die Hand der Landwirte geflossen sind. Es hat im Jahre 1910 die riesige Summe von 7 Milliarden Dollars gekostet, um die Ernte des Jahres vom Produzenten bis zum Konsumenten zu vermitteln.“ Mit anderen Worten: der Handel hat die Produktion um mehr als 100 Prozent verteuert.

Ähnlich liegen die Dinge überall. In allen Ländern mit kapitalistischer Wirtschaft nehmen die Nahrungs- und Genußmittel und sonstige Massenkonsumartikel den „Weg der hundert Profite“, wie Agnes Laut in dem „Technical World Magazine“ die lange Route vom Produzenten bis zum Konsumenten genannt hat.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ hat sich kürzlich auf solche Tatsachen berufen, zwecks „Rechtfertigung“ des spezifisch agrarischen Lebensmittelwuchers. Das ist ein kühnes Unterfangen. Denn wo die agrarische Schutzzollpolitik, das Grenzsperrenunwesen usw. auf die Kleinhandelsprofitmacherei mit bestimmend und regulierend einwirken, da erreicht der Lebensmittelwucher seine höchste Vollendung. Diese Politik wirkt geradezu anreizend auf den Zwischenhandel, die Preise in der rücksichtslosesten Weise in die Höhe zu treiben und hoch zu halten. Die vielberufenen „regulierenden“ Wirkungen der Weltmarktpreise werden mehr und mehr ausgeschaltet. Und von der Preistreiberei des Zwischenhandels hat natürlich auch wieder der Großagrarismus Vorteil; sie kommt seinem Bestreben, die Getreide- und Fleischzollpreise usw. hoch zu halten und immer mehr zu erhöhen, zu Hilfe.

Die Parole der Konsumenten muß also lauten, nicht nur: „Nieder mit dem Schutzzollsystem“, sondern auch: „Los vom Zwischenhandel“. Der Weg dahin ist gegeben durch die Konsumvereine und die Großeinkaufsgenossenschaften. Es muß hinzu kommen, daß in Zeiten außerordentlicher Teuerung, wie wir sie jetzt erleben, Staat und Gemeinde der vernünftiger- und gerechterweise gar nicht abzuweisenden Pflicht genügen, die Bevölkerung mit den notwendigsten Lebensmitteln zu den irgend erreichbaren billigsten Preisen zu versorgen.

Nur durch die Überwindung des ganzen Lebensmittelwuchersystems kann der chronischen Teuerung, mit der wir es schon Jahrzehnte zu tun haben, ein Ende gemacht werden.

Politische Rundschau

Deutschland.

Die nationalliberale Partei und die sozialdemokratische Stichwahlparole.

Die parteiamtliche „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt in Nr. 200 vom 19. September zu den „Stichwahlbedingungen von Jena“:

„In der Tagespresse scheint sich eine ausgiebige Erörterung der vermehrten und verschärften Bedingungen anspinnen zu wollen, welche der Jenenser Parteitag für die Gewährung roter Stichwahlhilfe beschlossen hat. Wir haben keinen Anlaß, uns an dieser Debatte zu beteiligen, weil wir unseren Standpunkt derartigen Zumutungen gegenüber wiederholt mit aller Deutlichkeit dargetan und betont haben, daß ein Reichstagskandidat sich von keiner Partei und keiner Interessengruppe Vorschriften hinsichtlich seiner parlamentarischen Entschließungen machen lassen dürfe. Ein irgendwie gebundenes Mandat steht nicht nur mit dem Geist und dem Buchstaben der Verfassung im Widerspruch, sondern es ist auch mit der Ehre und mit der Vertrauensstellung des Abgeordneten, wie mit dem Ansehen des Parlamentes schlechterdings unvereinbar. Die Ansichten eines Mandatsbewerbers zu hören, auch seine Anschauungen in bestimmten Fragen besonders zu extrahieren, bietet sich in den Wahlversammlungen durchaus hinreichende Gelegenheit. Wem das nicht genügt, von dem ist anzunehmen, daß er entweder der einfachen, öffentlich abgegebenen Erklärung des betreffenden Kandidaten nicht traut, oder daß er ihm aus formulierten Zusicherungen später einen Strick drehen will. Wir müssen es daher, wie schon aus anderweitigen Anlässen, so auch angesichts der bevorstehenden Reichstagswahl nachdrücklichst als eine Forderung der politischen Sittlichkeit wie der persönlichen Würde bezeichnen, daß die Kandidaten, welche um das Vertrauen der Wählerschaft werben, es grundsätzlich von sich weisen, anderen Parteien gegenüber schriftliche oder mündliche Abmachungen einzugehen, oder sich auch nur auf Verhandlungen in dieser Hinsicht einzulassen.“

Es bleibt natürlich den Nationalliberalen unbenommen, über die sozialdemokratische Stichwahlparole zu denken, wie sie wollen. Es wird sich auch niemand darüber aufregen, wenn nationalliberale Kandidaten die sozialdemokratischen Bedingungen ablehnen, ganz im Gegenteil: den sozialdemokratischen Wählern würde es schwer genug werden, für Nationalliberale zu stimmen, sie reißen sich wahrlich nicht um die Unterstützung dieser Art Liberaler. Die nationalliberale Fraktion aber muß wohl nun in Konsequenz der Kundgebung ihrer Korrespondenz auch den Abg. Thoma ausschließen, der, um sozialdemokratische Wahlhilfe zu erlangen, lindernde Erklärungen über seine Haltung zu gewissen Fragen abgab und dadurch gegen die „politische Sittlichkeit“ und die „persönliche Würde eines Abgeordneten“ verstieß.

Demokratische Zersplitterungsbestrebungen.

In der Partei- und Gewerkschaftspresse ist kürzlich eine Darstellung von neuen gewerkschaftlichen Gründungsmanövern gegeben worden, die von der Demokratischen Vereinigung ausgeht. Es handelt sich um die neugeschaffene kaufmännische Industriebeamtenorganisation, die, parallel zum Bund der technisch-industriellen Beamten, „frei von den Arbeitgebern, frei von den organisatorischen Bewegungen der Arbeiter, frei von den politischen Parteien, frei von dem Streit der Konfessionen und Rassen, mit einem Wort: frei von allen anders gerichteten Interessen“ den Gewerkschaftskampf der kaufmännischen Angestellten führen soll.

Die Frage nach der Notwendigkeit einer solchen Gründung ist zunächst ein Gewerkschaftsproblem. Die Vorstände der freien Gewerkschaften stehen vor der Entscheidung, ob sie die Entwickelung der Dinge im Gesamtinteresse der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung als einen Fortschritt oder als eine Reaktionserscheinung zu beurteilen haben, ob diese neuen Bestrebungen zu fördern oder zu bekämpfen sind. Ignorieren läßt sich die Aktion deshalb nicht, weil die Gründung mit ihren Zielen und Agitationsbestrebungen planvoll und bewußt in die Entwickelung der beiden der Generalkommission angeschlossenen Angestelltengewerkschaften einzugreifen sucht.

Aber auch politisch zeigt sich hier ein sehr interessantes Zwischenspiel. Um es hier ebenfalls klipp und klar aus-

zusprechen: Die ganzen Treibereien gehen aus von einigen Führern der Demokratischen Vereinigung, die nicht nur in ihren „Verbandsblättern", „Deutsche Industrie-Beamten-Zeitung", „Der kaufmännische Angestellte", sondern auch im „Freien Volk" des Herrn Breitscheid die Zersplitterungsaktion publizistisch begründen und verteidigen. Der leitende Kopf ist Ingenieur Lüdemann, Generalissimus des Bundes der technisch-industriellen Beamten und zugleich Vorsitzender im Ausschuß der Demokratischen Vereinigung.

Allerdings sucht die Parteileitung der Demokraten die Verantwortung für das Treiben abzulehnen. Aber sicher ist hier nur die Vorsicht der bessere Teil der Tapferkeit. In Wirklichkeit sind die Lüdemänner als politische Sektenführer von ihrem Standpunkt aus ganz konsequente Leute. Sie suchen dort ihre Fangnetze auszuwerfen, wo ein kleiner Hoffnungsschimmer ihrer Sehnsucht, als Aktionspolitiker zu wirken, winkt. Können sich diese politischen Hoffnungen erfüllen?

Die Rekrutierungsmannschaften der demokratischen Berufsorganisation sind zunächst Bestandteile aus dem Kleinbürgertum, die vorübergehend für eine demokratische Parteipolitik begeistert werden können. Aber sie sind doch nicht Anhänger einer grundsätzlich antikapitalistischen Politik.

Ferner haben sich zu den Demokraten ein paar zersprengte Häuflein aus den liberalen Berufen verirrt. Sie sind politisch regsamere Köpfe, wie der Durchschnitt ihrer Umgebung und haben in ihrem Denken den Rotkoller so weit überwunden, daß sie die Reden der Gerlach und Breitscheid ertragen können. Als Demokraten sind sie aber nur solange radikal, wie sie rein materiell bedrückt sind. Auch der wenig beschäftigte Arzt, der schlecht bezahlte Lehrer, der bescheiden besoldete Bankbeamte 2c. ist kein grundsätzlicher Gegner einer kapitalistischen Wirtschaftspolitik. Im Gegenteil. Er wird sofort wieder liberal, wenn er auf der kapitalistischen Stufenleiter eine auskömmlichere Stellung erklettern kann. Theodor Barth setzte deshalb seine Hoffnungen auf die Industriebeamten. Als Produkte der großkapitalistischen Entwickelung werden gerade diese Schichten in neuen Interessengegensatz zum großbetrieblichen Unternehmertum gedrängt, sind und bleiben Lohnarbeiter, für die es keinen Aufstieg zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit mehr gibt. Die Nachfolger Barths sind in ihrem politischen Machthunger mit diesen Kreisen nicht zufrieden, sie wollen Massenwirkungen sehen, und so schweifen ihre Blicke oft nach links statt nach rechts. Sie treiben Mandatspolitik durch die oft weniger eine Schwächung der reaktionären Parteikonstellation als eine Zersplitterung in dem Aktionsgebiet der Sozialdemokratie erzielt wird.

Lüdemann läßt beispielsweise in den ihm unterstellten „Verbandsblättern" und im „Freien Volk" einen ganzen Stab literarischer Trabanten sich publizistisch um den Beweis abmühen, daß die Privatangestellten wohl Arbeitnehmer sind, aber als selbständiger Heereskörper „frei von den organisatorischen Beziehungen der Arbeiterbewegung" zu kämpfen haben. Und als der Weisheit letzter Schluß wird schon der Gedanke propagiert, einen „Generalausschuß" zu gründen, eine Generalkommission der Angestelltenbewegung, die selbständig neben der Generalkommission der Gewerkschaften bestehen soll. Wie man diesen Gedanken eines Generalausschusses auch dreht und wendet, die Idee bleibt absurd und hinterläßt nur einen blamablen Eindruck von der Naivität und Unkenntnis seiner Schöpfer. Wird der Generalausschuß auf breiter Basis aufgebaut, dann schleppt er als Bleigewichte die großen Angestelltenverbände mit sich herum und ist zu jeder wirklichen Gewerkschaftsaktion unfähig; vereinigen sich aber nur die wenigen bürgerlich-radikalen Angestelltengewerkschaften in ihm, dann ist er zu unbedeutend, um ernst genommen zu werden.

Die Bemühungen der Lüdemänner sind deshalb nur ein Zwischenspiel, das den Gang der Entwickelung nicht aufhalten kann. Es kommt nicht darauf an, daß eine neue Standesbewegung der Angestellten geschaffen wird, sondern in geschlossener Einheit den Kopfarbeiter und Handwerker dem gemeinsamen Feind entgegenzuführen. Die Arbeiter werden ihre Kämpfe führen auch ohne die Angestellten, die Angestellten aber nicht ohne die Arbeiter, und so ist die Angestelltenbewegung auch nicht neben der Arbeiterbewegung, sondern nur in der Arbeiterbewegung möglich.

Eine glänzende Ouvertüre

zu den bevorstehenden Reichstagswahlen ist der Ausfall der gestrigen Reichstags-Ersatzwahl im Düsseldorfer Kreise. Es erhielten: **Haberland (Soz.) 33 812**, Dr. Friedrich (Ztr.) 29 076, Henkenrath (nat. Ver.) 3138, Dr. Breitscheid (demokratische Ver.) 3510, Choziszeski (Pole) 271 Stimmen. Es findet Stichwahl zwischen Haberland und Dr. Friedrich statt. Hätten die Demokraten gleich im ersten Wahlgang für unseren Genossen gestimmt, dann wäre dieser sofort gewählt worden.

Bei der letzten Wahl im Januar 1907 erhielten Stimmen: das Zentrum 29 259, **die Sozialdemokratie 25 389**, die „Liberale Vereinigung" 14 664, der Pole 268 und ein nationalliberaler Arbeiterkandidat 593. Unsere Stimmenzunahme beträgt also **8500** — gewiß ein glänzender Erfolg.

Mit frohen Hoffnungen kann die Sozialdemokratie in den Stichwahlkampf ziehen. Hoffentlich bringt er uns den gewünschten Erfolg!

Der „Fortschrittler" Eickhoff.

Der geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Fortschrittspartei hat sich mit Eickhoff und seinen Widersachern in einer Sitzung beschäftigt, zu der außer Eickhoff und seinem Gegner, dem Vorsitzenden des rheinischen Provinzialverbandes, Professor Schloßmann-Düsseldorf auch Delegierte aus den Wahlkreisen Lennep-Mettmann, Solingen und Elberfeld zugezogen waren. Dieses fortschrittliche Parteigericht fällte folgendes, in der „Freisinnigen Zeitung" publizierte salomonische Urteil:

„Nach Prüfung aller tatsächlichen Unterlagen und eingehender Aussprache wurde unter Zustimmung aller Anwesenden festgestellt, daß die gegen den Abg. Professor Eickhoff erhobenen Vorwürfe, er stehe nicht auf dem Boden der Partei und seine Wirksamkeit sei nicht im Einklang mit dem Programm und den Bestrebungen der Partei, jeglicher Begründung entbehren. Ebenso wurde einmütig festgestellt, daß die gegen Professor Schloßmann-Düsseldorf gerichteten Vorwürfe der Verletzung von Parteiinteressen, insbesondere die Behauptung, er besorge die Geschäfte der ihm geistig nahestehenden Sozialdemokratie, durchaus unbegründet sind. Durch die Verhandlungen und die getroffenen Vereinbarungen sind die Differenzen beigelegt."

Nervös.

Unsere oberen Regionen scheinen durch das Verhalten der Sozialdemokratie in der Marokkofrage wieder einmal in hochgradige Nervosität geraten zu sein.

Nachdem vor kurzem die preußische Regierung eine Umfrage bei sämtlichen Regierungen veranlaßt hatte, ob man mit ausnahmegesetzlichen oder verschärften strafgesetzlichen Bestimmungen gegen die Sozialdemokratie vorgehen solle, greifen untergeordnete Organe bereits zu anderen recht gewagten Mitteln im Kampfe gegen uns.

So wurde dem Genossen Bebel ein längeres Telegramm, das der Sekretär des Internationalen Bureaus, Genosse Huismans, Montag, den 11. September, nach Jena gesandt hatte, nicht ausgeliefert. Nach einem mehrfachen Meinungsaustausch per Telegramm und Brief zwischen Huismans und Bebel erfuhr der letztere endlich am Sonnabend nachmittag kurz vor seiner Abreise von Jena, daß die belgische Post Huismans gemeldet habe, daß die deutsche Post das Telegramm konfisziert hatte, ohne der belgischen Post von dieser Konfiskation Mitteilung zu machen. Genosse Bebel hat sich nunmehr an das Kaiserliche Telegraphenamt in Jena gewendet und die Auslieferung der Depesche verlangt. Zugleich verlangte er zu wissen, 1. wer den Befehl zur Zurückhaltung des Telegramms gegeben habe, 2. welche Gründe für die Konfiskation maßgebend gewesen seien. Genosse Bebel beabsichtigt, die Angelegenheit im Reichstage zur Sprache zu bringen.

Aber es sind noch weitere Merkmale von übergroßer Nervosität vorhanden. Als die Genossen Bebel und Dietz Sonnabend nachmittag nach 5 Uhr gemeinsam nach Süddeutschland abreisen wollten und einige Zeit vor Abgang des Zuges in der Nähe des Bahnhofes auf und ab spazierten, bemerkten sie, daß sie geheimpolizeilich überwacht wurden. Genosse Dietz blieb dann in seiner Heimat Stuttgart, Genosse Bebel setzte am nächsten Vormittag die Reise nach dem Bodensee und der Schweiz fort. Bei dieser Gelegenheit entdeckte er, daß die geheimpolizeiliche Überwachung fortdauerte, und zwar wurde sie zum Teil in einer Weise bewerkstelligt, die für Bebel nicht des Reizes der Neuheit entbehrte. Genosse Bebel schreibt uns darüber: „Ich bin während der Dauer des Sozialistengesetzes wohl der am meisten geheimpolizeilich verfolgte Genosse in Deutschland gewesen und habe dabei über die Methoden dieser Überwachung reiche Erfahrungen gemacht. Neu aber war mir, wie man am Sonntag nachmittag von Friedrichshafen und Romanshorn aus — also auf Schweizer Boden — mit Hilfe des Bahn- und Schiffspersonals das Ziel meiner Reise zu erfahren suchte. Die Methode war amüsant, blieb mir aber keinen Augenblick verborgen. Hätte man mich in Jena in höflicher Weise befragt, was das Ziel meiner Reise sei, so würde ich der polizeilichen oder staatsanwaltlichen Neugierde bereitwilligst entgegengekommen sein, denn ich hatte nichts zu verschweigen und zu verbergen. Es sollte mir leid sein, wenn bei der jetzigen Finanznot in Reich und Staat man sich meinetwegen noch in besondere Unkosten stürzte, um geheimpolizeilich Dinge zu erfahren, die man weit billiger und wahrheitsgemäßer durch mich selbst erfahren konnte."

Die Regierung und die Teuerung.

Die „Nordd. Allg. Ztg." teilt mit:

„Zu den Maßregeln gegen Futter- und Kartoffelmangel gehört die Erleichterung der Verarbeitung von Getreide, also auch von Mais, in landwirtschaftlichen Brennereien. Hierüber ist jetzt unter sämtlichen Bundesregierungen Einverständnis erzielt. Es darf daher für Anfang Oktober d. Js. mit einem Bundesratsbeschlusse folgenden Inhalts gerechnet werden:

„1. daß die nach dem 1. September 1902 betriebsfähig hergerichteten landwirtschaftlichen Brennereien in der Zeit vom 1. Oktober 1911 bis einschl. 15. Juni 1912 auch Rohstoffe der in § 10 Abs. 2 Satz 1 des Branntweinsteuergesetzes bezeichneten Art, welche nicht von den Eigentümern oder Besitzern der Brennereien selbst gewonnen sind, verarbeiten, ohne die Eigenschaft als landwirtschaftliche Brennerei einzubüßen,

2. daß landwirtschaftliche Brennereien ohne Hefenerzeugung in der Zeit vom 1. Oktober 1911 bis einschl. 15. Juni 1912 ausnahmsweise Getreide an Stelle der von ihnen sonst verwendeten Rohstoffe verarbeiten, ohne aus diesem Grunde den in § 33 unter Nr. 2 und 39 des Branntweinsteuergesetzes für den Fall des Übergangs zur Getreideverarbeitung vorgesehenen Nachteil zu erleiden."

Die Maßnahme soll dazu beitragen, daß mehr Schlempe hergestellt und so ein besonders geeignetes Futter für das Vieh gewonnen wird; sie hat außerdem zur Folge, daß ein Teil der Kartoffelernte, der sonst in den Brennereien verarbeitet würde, für Speisezwecke frei wird.

Die von der Königlichen Eisenbahndirektion Berlin als geschäftsführender Verwaltung veröffentlichten Änderungen des Notstandstarifs für Futter- und Streumittel, die außer der Aufnahme von Kartoffelflocken, Holzsägemehl und Holzwolleabfälle verschiedene im Interesse des Handels getroffene Erleichterungen bringen, erschöpfen noch nicht die vom Minister der öffentlichen Arbeiten im Einvernehmen mit dem Staatsministerium nach unserer Mitteilung vom Sonnabend in Aussicht genommenen Maßnahmen, die den Tarif verallgemeinern, und außerdem Futtergerste sowie Mais zu Futter- und Brennereizwecken in ihn aufnehmen werden. Der nach diesen Gesichtspunkten ganz umgearbeitete Tarif wird noch in dieser Woche neu erscheinen."

Ebensowenig wie die am Sonnabend veröffentlichten Beschlüsse des preußischen Staatsministeriums können die im vorstehenden aufgeführten halben und zaghaften Maßregeln als ein irgendwie durchgreifendes Vorgehen der Regierung gegen die Teuerung angesehen werden. Die hungernden Massen verlangen ganze Arbeit. Sie fordern Beseitigung der Wucherzölle und Öffnung der Grenzen.

Zentrum und Sozialdemokratie.

Auf dem Zentrumsparteitag für den Regierungsbezirk Aachen hat am Sonntag der Landtagsabgeordnete Dr. Bell-Essen nach dem Bericht der „Kölnischen Volkszeitung" gesagt:

„Bei der letzten Reichstagswahl 1906/07 ist von sozialdemokratischer Seite der Zentrumsfraktion ein Wahlbündnis angeboten worden. Die Zentrumsfraktion hat einmütig das Bündnis abgelehnt, obgleich durch ein solches das Zustandekommen des konservativ-liberalen Blocks ausgeschlossen worden wäre."

Hierzu teilt uns der Parteivorstand mit: Die Behauptung des Herrn Dr. Bell entspricht nicht der Wahrheit. Weder der Zentrumsfraktion noch der Zentrumsparteileitung ist bei den letzten Reichstagswahlen von maßgebender sozialdemokratischer Seite ein Bündnis angeboten worden. Sollte Herrn Dr. Bell diese Auskunft nicht genügen, so mag er sich an die Herren Dr. Spahn und Müller-Fulda wenden.

Rußland.

Der fliehende Zar. Der Zar wollte anfangs der Beisetzung Stolypins beiwohnen, infolge des durch die Aufregung verschlimmerten Zustandes der Kaiserin wurde aber die schleunige Abreise nach Livadia beschlossen. Der Zustand der Kaiserin ist nur ein Vorwand für die schleunige Flucht. Der allmächtige Zar zittert um sein Leben.

Finnland.

Russische Manieren. Der Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung „Työ", Airola, ist vom Kommandanten der Festung Wiborg aus der Stadt Wiborg und Umgegend ausgewiesen worden, weil er die verbotene Versammlung zusammenberufen hatte, die eine Protestresolution gegen die Zerstückelung Finnlands fassen sollte. Dies ist eine unerhörte Überschreitung der dem Kommandanten zukommenden Befugnisse, die sich nur auf die Festung selbst beschränken, und ist nur dazu angetan, die Erbitterung in Finnland in weitere Kreise zu tragen. — Ein neuer Willkürakt ist das Verbot des Weltkongresses der christlichen Jünglingsvereine, der im Sommer 1912 in Helsingfors stattfinden sollte. Finnland darf nach Ansicht der russischen Regierung keine Kongresse bei sich empfangen, weil das den Schein erwecken könnte, als seien die Finnländer Herren im eigenen Hause. Vor allem liegt wohl auch die Befürchtung vor, daß allzu viele Ausländer sich durch eigenen Augenschein davon überzeugen könnten, wie hier ein Stück Europa von einem Stück Asien gemißhandelt wird.

Spanien.

Die Flammenzeichen lodern! Im ganzen Lande gärt es ziemlich stark. Welchen Umfang die Unruhen bereits angenommen haben, geht daraus hervor, daß die konstitutionellen Garantien für ganz Spanien aufgehoben worden sind. Das ist der Anfang der Revolution!

Wir verzeichnen folgende Meldungen: Nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten Canalejas verschlimmerte sich die Lage in der Provinz Valencia. **Die Kommune wurde in Karthagena und Alcira ausgerufen.** Alcira ist in der Gewalt der Revolutionäre. Das Rathaus und zwei öffentliche Gebäude sind niedergebrannt. Die Revolutionäre versuchten ein Nonnenkloster in Brand zu stecken und sprengten eine Brücke mit Dynamit in die Luft. Die Eisenbahn ist abgeschnitten. Es sind Truppen ausgesandt. Das fremde Element in der Leitung der Bewegung wurde in der Provinz Valencia ganz besonders festgestellt.

Der allgemeine Arbeiterverband beschloß den Gesamtausstand für ganz Spanien. Der Beginn des Ausstandes wird später festgesetzt.

In Barcelona sind 500 Arbeiter ausständig. Die Polizei verhaftete in der Nähe der Stadt dreißig Agitatoren, die willens waren, das Werk des revolutionären Ausschusses fortzusetzen, dessen Mitglieder im Gefängnis sitzen.

Der Anarchist Locort, Präsident des Arbeiterverbandes wurde in Saragossa verhaftet.

In Bilbao versuchten Ausständige einen Gefangenen zu befreien; es kam zu einem Zusammenstoß mit dem Militär. Zahlreiche Personen wurden verwundet, 13 „Hetzer" wurden verhaftet.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 20. September.

Die Lübecker Wahlrechtsdebatte im Spiegel der bürgerlichen Presse. Es ist begreiflich, daß die bürgerlichen Blätter Lübecks über die Bürgerschaftsverhandlungen über den sozialdemokratischen Antrag betr. Schaffung eines gerechten Wahlrechts merkwürdig kurz hinweggehen, obwohl doch Herr Klein mit der ihn auszeichnenden Bescheidenheit sich selbst zum „Sieger" ernannt hatte. Das Amtsblatt schreibt:

„Den Schluß des Abends bildete ein an Zwischenfällen reiches Rededuell Klein-Stelling. Den Anlaß dazu bot der letzte Punkt der Tagesordnung, nämlich ein Antrag von Dr. Schlomer auf Einbringung eines neuen Wahlrechtsgesetzentwurfes für Lübeck. Ganz offensichtlich handelte es sich bei diesem Punkt für die Sozialdemokratie darum, eine leere politische Demonstration zu veranstalten. Die Ausführungen der Redner warfen denn auch ihre Schatten auf die kommenden Reichstagswahlen stellenweise sehr deutlich voraus."

Die Herrn Klein besonders nahestehende pseudo-liberale „Eisenbahn-Zeitung" läßt sich folgendermaßen aus:

„Von sozialdemokratischer Seite hatte man — die Wahlen stehen ja vor der Tür — zum Schluß noch eine kleine Wahlrechtsdemonstrations-Debatte inauguriert. Die Bürgerschaft merkte aber die Absicht und ward verstimmt; d. h. sie erklärte durch bedauerndes Achselzucken, daß sie dem mit Anstreicherfarben dick aufge-

tragenen Bilde, als dessen Sujet sich Herr Dr. Schlomer das miserable Lübecker Wahlrecht erwählt hatte, keinen Geschmack abgewinnen könne. Man hat sich eben in der alten Hansestadt trotz aller Galanterie noch nicht zu der Überzeugung durchringen können, daß alle junge Damen von 20 Jahren bereits das nötige Unterscheidungsvermögen besitzen, um mitbestimmen zu können, was uns not tut. Ja, man ist sogar noch so rückständig, daß man diese Urteilsfähigkeit auch nicht den jugendlichen Herren der Schöpfung — soweit sie nicht 25 Jahre alt sind — zutraut. Und es soll sogar hier und anderwärts derer genug geben, die der Zweifel heute noch plagt, ob alle die ganz ohne ihr Zutun ins 25. Lebensjahr Eingerückten diese Urteilskraft schon haben. Doch dies nur nebenbei. Da die Debatte, oder besser die sozialdemokratische Begründung aber nun einmal einen politischen Anstrich bekommen hatte, so verfehlte der bürgerliche Reichstagskandidat, Postsekretär Klein, nicht, den „Genossen" dreierlei entgegenzuhalten: 1. Es ist kein Beweis dafür zu erbringen, daß die Anträge bez. der Arbeitslosenversicherung und Teuerungszulagen mit „Hohn und Spott niedergestimmt" sind. 2. Es ist unmöglich, daß minderjährigen, beschränkt geschäftstätigen Leuten das höchste politische Recht verliehen wird. 3. Der „Volksbote" hat selbst in einem Artikel diese geforderten „Wähler" von 20 Jahren als „junge, unerfahrene Leute" bezeichnet. — Warum also das Geschrei? . . . Ja, die Wahlen stehen vor der Tür! —

Diese liberalen Geistesblitze sind so wunderbar, daß sie Herr Klein selbst losgelassen haben könnte. Sie decken sich übrigens genau mit den Ansichten, welche die rückständigsten ostelbischen Junker vertreten, wenn eine Änderung des preußischen Wahlrechts gefordert wird. Den sonderbaren Liberalen von der Obertrave ist danach nicht einmal die 25jährige Altersgrenze für die Verleihung des Wahlrechts hoch genug. Wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte, daß die Liberalen für Forderungen, die im Interesse der Minderbemittelten liegen, nur Hohn und Spott haben, so ist dieser durch die vorstehenden Auslassungen der „Eisenbahn-Zeitung" erbracht.

Das „Lübecker Tageblatt" gibt folgende Weisheit von sich:

Das Dessert der mehr qualitativ als quantitativ guten Menükarte bildete der bekannte Dr. Schlomersche Wahlantrag. Die Antragsbegründung war nichts anderes als eine schlecht verhüllte Demonstrations- und Agitationsrede, die Postsekretär Klein unter lebhafter Zustimmung der Bürgerschaft (?!? Red. d. „L. V.") scharf und gebührend zurückwies. Schweres Geschütz fuhr dann Redakteur Stelling auf und dröhnend und Unheil prophezeiend schallte seine Stimme durch den ob solcher Kraftleistung erstaunten Bürgerschaftssaal. Bei der Abstimmung standen dann die Sozialdemokraten in geschlossener Einheit auf, die anderen blieben sitzen. Damit war denn auch dieses Stückchen Parteipolitik, das uns schon einen kleinen Vorgeschmack von dem diesjährigen Wahlkampf gab, erledigt."

Der „General-Anzeiger" knüpft keinerlei Bemerkungen an die Wahlrechtsdebatte in der Bürgerschaft. Die Lübecker Arbeiterschaft wird gut tun, sich stets daran zu erinnern, daß es die Liberalen und ihre Presse — vom Amts- bis zum Tageblatt — sind, welche die Einführung eines wirklich volkstümlichen Wahlrechts zur Lübecker Bürgerschaft zu hintertreiben versuchen. Eine solche Mißachtung der werktätigen Bevölkerung paßt zu dieser Sorte Liberalismus, wie sie in Lübeck wuchert, durchaus. Auch in Hamburg ist die gleiche Gattung vertreten; und was vor kurzem unser Hamburger Bruderblatt jenen ins Stammbuch schrieb, trifft auch auf die Lübecker zu:

Echte Liberale sind sie doch, diese Herren vom Bürgertum. Sie sind gewiß beleidigt, wenn man in ihnen nicht tüchtige Freiheitskämpfer sieht. Aber sie bringen es fertig, für einen ausgesprochenen Reaktionär zu stimmen in dem Augenblick, wo dieser ein Geldsackswahlrecht noch mehr zu verschandeln sucht. Diese Jammerkerle müssen von allen anständigen Politikern in erster Linie und bis aufs Messer bekämpft werden:

Pereant die Liberalen,
Die nur reden, die nur prahlen,
Nur mit Worten stets bezahlen
Aber arm an Taten sind;
Die bald rechts, bald links sich drehen,
Die bald hier-, bald dorthin sehen,
Wie die Fahne vor dem Wind:
Pereant die Liberalen!

Vor der 48er Revolution war es noch, als Prutz diese Verse schrieb, und damals gab es noch einige wirklich liberale Männer, denen Prutz die Auchliberalen gegenüberstellen konnte. Jetzt herrscht diese Spezies im ganzen Bürgertum, wo nicht ausgesprochen reaktionäre Gesinnung zu finden ist. Heute wird der ganze Liberalismus von der Rückenmarksdarre heimgesucht, und dagegen hilft nur ein Mittel, das gegen die Räude der Hunde hilft: Man muß sie dicht hinter den Ohren coupieren.

Wie berichtet wird. Der Bericht der „Eisenb.-Ztg." über die letzten Bürgerschaftsverhandlungen gibt die Rede unseres Genossen Stelling zum Wahlrechtsantrag folgendermaßen wieder: „B.-M. Stelling freut sich, daß Herr Klein sich als Gegner des beantragten Wahlrechtes bekannt hat und vertrat des weiteren in längeren Ausführungen seinen Standpunkt, wobei er verschiedentlich Behauptungen aufstellte, die den schärfsten Widerspruch herausforderten und bei welchen er auf die Aufforderung hin, Namen zu nennen, den Beweis schuldig blieb." — Die Leser der „Eisenb.-Ztg.", die daraus entnehmen können, was Stelling gesagt hat, welche Behauptung er aufstellte und wessen Namen er nennen sollte, dürften Anspruch auf einen Preis beim Rätselraten haben.

Liberale Stiefellecker des russischen Henkers. Man ist es ja längst gewohnt, daß liberale Blätter wahllos alle „hochgeborenen" oder hochgestellten Personen unseres deutschen Vaterlandes lobhudeln. Jetzt wird dieser widerliche Byzantinismus auch schon den russischen Henkersknechten gegenüber geübt. Die „Eisenbahn-Zeitung" widmet dem Manne, der jede freiheitliche Regung in Rußland im Blute erstickte, an dessen Namen die Flüche Zehntausender haften, folgenden Nachruf:

„Mit Stolypin ist ein russischer Staatsmann dahingegangen, der sich um sein Vaterland große Verdienste erworben hat. Das mag hier festgestellt werden, da, wie das bei jedem Staatsleiter der Fall zu sein pflegt, gehässige Anfeindungen und in ihrer Wirkung wohlberechnete Herabsetzungen durch seine Gegner auch ihm nicht erspart blieben. Er hat sich nicht beirren lassen, sondern hat seinen Weg entschlossen verfolgt, als dessen oberstes Ziel ihm die Hebung der russischen Nation in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht vorschwebte. Seinem Wirken hat die Kugel eines Terroristen ein Ende gesetzt, seine in die Tat umgesetzten fruchtbaren Gedanken werden weiter wirken."

Diese fruchtbaren Gedanken waren die Niederwerfung der Selbständigkeit Finnlands und die Ausrottung des Deutschtums aus den Ostseeprovinzen. Wie tief muß ein liberales Blatt gesunken sein, um einer derartigen Beweihräucherung des ärgsten Feindes des Liberalismus seine Spalten zu öffnen. Da macht nicht einmal unser Amtsblatt mit, welches schreibt:

„Die Kugel hat jetzt doch ihr Opfer erreicht: Peter Arkadjewitsch Stolypin ist gestorben. Sein Leben gehört jetzt der Geschichte an und nur sein Werk lebt noch fort. Und doch begehrt man um des Toten und Rußland willen, es möchte umgekehrt sein. Denn was Stolypin geschaffen, muß lieber heute als morgen begraben werden."

Für diejenigen, welche nicht blind sind, ist es allerdings nichts Neues, daß gegenwärtig die „liberale" „Eisenbahn-Zeitung" weit reaktionärer ist als das Amtsblatt. Nicht uninteressant sind die Bemerkungen des liberalen Londoner Blattes „Star" über Stolypin, die dahin gehen, daß kein Liberaler der russischen Entente zuliebe über die Infamien der russischen Tyrannei schweigend hinweggehen könne; kein russischer Staatsmann habe mehr Menschen gehenkt und verbannt; wenn wirklich ein Jude auf ihn geschossen habe, so könne man nur antworten, daß er der Alba der russischen Juden gewesen sei. — Deutsche Liberale dagegen sind die Stiefellecker des russischen Henkers!

Der frühere Schulrat Dr. Schröder ist gestern nachmittag im Alter von über 78 Jahren gestorben. Der Entschlafene, eine liebenswürdige Persönlichkeit, hat sich um das Lübecker Volksschulwesen sehr verdient gemacht.

Der bestrafte lübsche Senator. Vom Schöffengericht in Oldesloe war das Mitglied des Lübecker Senats Friedr. Ewers wegen zu schnellen Fahrens mit dem Auto zu 10 Mk. Geldstrafe event. 2 Tagen Haft verurteilt worden. Die gegen dieses Erkenntnis eingelegte Revision wurde vom Landgericht verworfen. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß es zu einer Vollstreckung der angedrohten Haftstrafe nicht kommen wird.

Konkurseröffnung. Über das Vermögen der Ehefrau des Schneiders Hermann Siemers, Louise geb. Theisen in Lübeck, Alfstraße 25, ist am 19. September 1911, nachmittags 1 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Mandatar Grünau in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Öffentlicher Schlachthof. Es wurden geschlachtet: Im Monat August 1911 44 Ochsen, 151 Bullen, 1246 Kühe und Starken, 481 fette Kälber, 167 nüchterne Kälber, 1 Lamm, 10 Ziegen, 3136 Schweine, 722 Schafe, 21 Pferde, zusammen 5979 Tiere gegen 5710 Tiere im Aug. 1910. — Beanstandungen: 1. Untauglich der ganze Tierkörper, gänzlich vernichtet: 4 Kühe wegen Tuberkulose, 1 Kuh wegen Pyaemie, 1 Jungrind wegen Pyaemie, 1 Kalb wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel, 5 Schweine wegen Schweineseuche. 2. Im Dampfdesinfektor gekocht: 1 Bulle wegen Tuberkulose, 2 Schweine wegen Rotlauf, 1 Schwein wegen Tuberkulose, 6/4 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 31/4 Schweinefleisch wegen Tuberkulose. 3. Auf der Freibank verkauft: 1 Kuh wegen Tuberkulose, 1 Jungrind wegen Wässerigkeit, 1 Jungrind wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel. Bei den übrigen geschlachteten Tieren sind verschiedene einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt worden. 6422 kg Fleisch auswärts geschlachteter Tiere wurden auf dem Schlachthofe untersucht. Hiervon wurden beanstandet: 1 nüchternes Kalb wegen Fäulnis, 1 Rindslunge wegen Tuberkulose, 1 Rindseuter wegen Tuberkulose, 1 Rindsniere wegen Entzündung, 1 Rindsleber wegen Leberegel.

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 19. Septbr., morgens 6 Uhr: Wasser 15, Luft 16, morgens 10 Uhr: Wasser 15, Luft 18; mittags 12 Uhr: Wasser 15, Luft 19; abends 6 Uhr: Wasser 15, Luft 16 Grad Celsius. Zahl der Badenden: etwa 100 männliche (darunter — Klasse mit — Schülern) und 100 weibliche Personen.

pb. **Diebstähle.** Von dem Flur eines Hauses der Breiten Straße ist am Nachmittag des 17. d. Mts. eine eiserne Kurbel, zu einer Markise gehörig, abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Die Kurbel ist ca. 50 Zentimeter lang und mit einem Holzgriff versehen. — In der Zeit vom 16. bis 18. ds. Mts. sind aus einem in den Anlagen am Burgfeld stehenden Arbeiterschuppen 1 langer Ölrock mit Hornknöpfen und 2 blaue Barchentjacken mit Hornknöpfen gestohlen worden. — In der Nacht zum Sonntag, den 17. ds. Mts. ist einem Hufner in Utecht ein Schaf aus dem Stall gestohlen worden.

pb. **Verfehlungen.** Festgenommen wurde ein Arbeiter von hier, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft zwecks Verbüßung einer Gefängnisstrafe von 6 Wochen gesucht wurde. — Ein Arbeiter aus Exter wurde wegen Übertretung der Gewerbeordnung festgenommen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Donnerstag gelangt „Glaube und Heimat" zur zweiten Aufführung. Am Freitag kommt Wagners Oper „Tannhäuser" zur Wiederholung. Als Elisabeth wird sich die neue jugendlich dramatische Sängerin Frl. Weingarten dem Publikum präsentieren. Die Opern-Novität „Königskinder" muß infolge eingetretener Hindernisse auf Montag, den 25. d. Mts. verschoben werden.

Stockelsdorf. Eine Versammlung der weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins findet am Donnerstag abend im Gesellschaftshaus L. Paetau-Fackenburg statt. Da auch die Kinderschutzkommission ergänzt werden soll, ist zu hoffen, daß die Genossinnen zahlreich erscheinen, auch werden Anmeldungen zur Aufnahme entgegengenommen.

Hamburg. Für 30000 Mark Juwelen gestohlen wurden in vorletzter Nacht am Graskeller Nr. 1 im Juwelierladen von Louis Burg. Nach Angabe des Inhabers haben die Einbrecher nur Eingang finden können durch Öffnen zweier nach der Straße zu liegenden Sicherheitsschlösser an der Haupteingangstür. Es wurden u. a. gestohlen: 10 Brillantkolliers, 100 Brillantringe, 50 goldene Armbänder mit und ohne Brillanten, eine Brillant-Schlipsnadel, 2 Brillantnadeln in Hufeisenform, 1 do. in Kleeblattform mit drei Brillanten, verschiedene goldene Herren-Uhrketten und Doppelkapsel-Uhren. Das Lager ist durch Versicherung gedeckt.

Hamburg. Der Kampf im Hamburger Holzgewerbe. Nachdem der Arbeitgeberschutzverband am 2. September die zwischen den beiderseitigen Vertretern vereinbarten Friedensvorschläge abgelehnt hat, ist inzwischen eine wesentliche Verschärfung der Situation eingetreten. Da eine beträchtliche Anzahl Arbeitgeber — und gerade die maßgebenden Firmen — mit der von der Majorität betriebenen Taktik nicht mehr einverstanden ist und eine Firma nach der andern eine Verständigung mit den Arbeitern sucht, muß der Schutzverband alles aufzubieten suchen, um seine Reihen zusammenzuhalten. Eine neuerdings bei den bewilligten Firmen unternommene „Agitationstour", um diese von neuem zum Anschluß an den Schutzverband und zur Befolgung seiner Taktik zu bewegen, ist gänzlich ergebnislos verlaufen. Der Schutzverband hatte bisher nach außen hin die Meinung zu erwecken versucht, daß der mit dem neuen Arbeitgeberverein abgeschlossene Vertrag in der Luft schwebe, weil dem Arbeitgeberverein nur „27 Männekens" angehörten, die höchstens einige hundert Arbeiter beschäftigen. Mit dieser Taktik hat der Schutzverband jetzt gebrochen und sich anscheinend entschlossen, wenigstens in dieser Beziehung die Mehrheit gelten zu lassen. Er hat jetzt eine Sperrliste über die bewilligten Betriebe herausgegeben. Er sagt dabei ausdrücklich, daß er nur die größeren Geschäfte herausgegriffen habe, nichtsdestoweniger enthält die Liste immer noch 68 Namen. Der Liste ist ein Begleitschreiben an die Holzhändler und Materialienlieferanten angefügt, in dem es heißt:

„Wir bitten Sie deshalb dringend, diesen Firmen Holz und Baumaterialen nicht verabfolgen zu wollen.

Eine große Anzahl Ihrer Kunden hat sich entschlossen, es von Ihrem Verhalten mit Bezug auf die oben ausgesprochene Bitte abhängig zu machen, ob sie den Bedarf an Holz usw. weiter bei Ihnen decken."

Der Arbeitgeberverein hat durch ein Rundschreiben an die Holzhändler und Materialienlieferanten dem Schutzverband einen Dämpfer aufgesetzt. Es heißt in dem Schreiben:

„Es haben sich unserm Verein eine Reihe Firmen zur Verfügung gestellt, welche bereit sind, unsern von der Materialsperre betroffenen Mitgliedern Holz usw. zur Verfügung zu stellen. Für den größten Teil der Holzgewerbetreibenden und speziell nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter, ist der Kampf im Gewerbe durch den abgeschlossenen Tarifvertrag erledigt und wir betrachten dieses auch nicht als eine „Schädigung des hiesigen Holzgewerbes", sondern sind vielmehr der Meinung, daß die vom Schutzverband getroffenen Maßnahmen keineswegs dazu beitragen, den so notwendigen Frieden im Gewerbe herbeizuführen. Vor allen Dingen müssen wir aber Anspruch darauf erheben, daß unsere Meinung ebenso respektiert wird als diejenige der Schutzverbandsleitung. Es sind in unsern Reihen genügend erfahrene Männer vorhanden, welche wohl in der Lage sind, beurteilen zu können, was dem Gewerbe nützlich ist, und das Bedürfnis eines paritätischen Arbeitsnachweises, wie wir ihn eingerichtet haben, für das hiesige Holzgewerbe als eine Notwendigkeit erachten.

Gegen die Anwendung solcher terroristischer Mittel von seiten des Schutzverbandes, wie die Materialsperre über unsere Berufskollegen, müssen wir aber ganz energisch protestieren und werden wir mit allen unserer Organisation zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen, diesem entgegenzuwirken.

Wir möchten Sie deshalb bitten, nach wie vor den betreffenden Firmen Holz usw. zu liefern und sehen Ihrer gefl. Rückantwort baldigst entgegen."

Des weiteren macht der Schutzverbandsvorstand öffentlich bekannt, daß Arbeiter nur dann zu den alten Bedingungen eingestellt werden dürfen, wenn sie sich verpflichten, aus dem Holzarbeiter-Verband auszutreten. In einer Versammlung der Streikenden wurde erneut bekundet, daß der Kampf nicht eher beendet wird, bis der mit dem Arbeitgeberverein abgeschlossene Vertrag auf der ganzen Linie durchgeführt ist. Die Holzarbeiter haben alle Ursache, den kommenden Dingen mit ruhiger Zuversicht entgegenzutreten, denn seit dem Tage der Arbeitgeberversammlung haben wiederum 26 Firmen die neuen Bedingungen anerkannt und die Arbeit aufnehmen lassen. Da aber der Schutzverband als Organisation den Kampf nicht beenden will, muß der Zuzug weiterhin ferngehalten werden.

Kiel. Militärische Gerechtigkeit. Vor dem Kriegsgericht der 18. Division, das am Montag in Kiel tagte, hatten sich zwei Offiziere vom 3. Bataillon des Regiments 85 zu verantworten. Es waren das der Oberleutnant Eritropel und der Leutnant Sutof. Was die beiden verbrochen haben, hat niemand erfahren, denn sofort nach Eröffnung der Verhandlung wurde die Öffentlichkeit aus dienstlichen Gründen ausgeschlossen. Ein solches Verfahren ist man bei den Kriegsgerichten schon gewöhnt, aber das Kriegsgericht ging noch weiter. Obwohl das Gesetz vorschreibt, daß das Urteil öffentlich zu verkünden ist, sah sich das Kriegsgericht bei der Urteilsverkündung nicht genötigt, bekanntzugeben, daß die Öffentlichkeit wieder hergestellt ist. Die Draußenstehenden sahen erst wieder etwas von der ganzen Geschichte, als alles vorbei war und die Teilnehmer an der Verhandlung den Saal verließen. So hat man denn auch der Öffentlichkeit das Urteil gegen diese beiden Offiziere vorenthalten.

Rostock. Todessturz. In den Werkstätten der Neptunwerft stürzte ein Arbeiter so unglücklich in einen Schiffsraum, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Leiche wurde in das Pathologische Institut gebracht.

Westerland. Die Feuersbrunst in Westerland. Den noch immer trotz der vorgerückten Saison zahlreichen Gästen des Seebades Westerland bot sich gestern früh ein aufregendes Schauspiel. Um 8½ Uhr morgens entstand in der Ostermannschen Strandhalle auf noch unaufgeklärte Weise Feuer, das sich schnell den ganzen Strand entlang verbreitete. Die Ostermannsche Halle, in der das Feuer ausbrach, ist die am weitesten südlich gelegene der vier nördlichen „Strandhallen". Der völlig ausgetrocknete Holzbau wurde in kurzer Zeit eingeäschert. Das Feuer wurde durch einen ziemlich heftigen Südwestwind auf die danebenliegende Carltonhalle geschlagen und setzte auch diese in kurzer Zeit in Brand. Während noch die Ostermannsche Halle brannte, griff das Feuer bereits auf die Halle des Hotels Deutscher Kaiser und die Germaniahalle über, sodaß in kurzer Zeit alle vier Hallen in Flammenstanden. Ungeheure schwarze Rauchwolken stiegen empor, und bereits nach einer Stunde waren sämtliche Hallen bis auf den Grund niedergebrannt. Glücklicherweise sind bei dem Brand Personen nicht verletzt worden. Der durch den Brand angerichtete Schaden wird von den beteiligten Hotels auf etwa 120000 Mk. angegeben. Die Höhe des Schadens resultiert daraus, daß nicht nur die vier Hallen, sondern auch die ganze innere Einrichtung, die teilweise ziemlich luxuriös war, vollständig vernichtet worden ist. Außerdem ist es auch nur gelungen, einen geringen Teil des Silberzeugs und sonstigen Tafelgeräts zu retten. Der Kurbetrieb wird durch den Brand in keiner Weise beeinträchtigt. Die Ursache des Brandes ist noch völlig unklar. Sie dürfte auch wohl schwerlich festgestellt werden, da die Halle bis auf den Grund niedergebrannt ist. Man vermutet jedoch, daß der Brand in der Küche der Ostermannschen Halle entstanden ist. Eine weitere Gefahr für den Ort besteht nicht, da das Feuer vollkommen gelöscht wurde und ein Wiederaufflackern nicht anzunehmen ist.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling; Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co Sämtlich in Lübeck.

Öffentliche politische Versammlung.

Große öffentliche Volksversammlung

am Montag, dem 25. September, abends 8½ Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Johannisstr.

Tages-Ordnung:

Die Lübecker Wahlrechtsschmach.

Referent: Redakteur **Johs. Stelling**, Mitglied der Bürgerschaft.

Freie Diskussion.

Alle Einwohner Lübecks, die nicht wollen, daß eine kleine Clique in unserem Staatswesen die Klinke der Gesetzgebung in der Hand hält, während die große Masse des werktätigen Volkes entrechtet ist, müssen in dieser Versammlung erscheinen.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Lübeck.

Paul Löwigt, Johannisstraße 46.

Meyer's Kaffee

in Paketen

Beste Qualitätsmarke.

Direkter Import.

Hamburg, Freihafen.

Nur zu haben bei:

Lübeck, Stadt:

H. Beckmann, Engelsgrube 51, T. 1700.
Ludw. Hartwig, Obertrave 8, T. 349.
Ernst Henk, Mühlenstr. 50, T. 1587.
Wilh. Kalm, Inh.: **Wilh. John**, Schüsselbuden 5, Teleph. 1154.
Löhmann & Co., Kurze Königstraße 127, Teleph. 272.
Gust. Magaard, Johannisstraße 13, Teleph. 1223.
Eduard Speck, Hüxstr. 80, T. 593.
Otto Trepkau, Fleischhauerstr. 11, Teleph. 367.
Carl Friedr. Timm, Glockengießerstraße 16, Telephon 2414.
Ernst Voss, Gr. Burgstr. 59, T. 410.
Ad. Wichmann, [illegible]grube 56, T. 325.

Burgtor:

Carl Hudoffsky, [illegible]listr. 44, T. 1761.
Fedder J. Behm, Lützowstraße 13.
Ludw. Weicher, Inh. **Johs. Elvers**, Lange Reihe 21, Teleph. 528.

Hüxtertor:

Rud. Brincker, Hüxtertor-Allee 5, Teleph. 360.
O. Kreutzfeldt, Travelmannstr. 21, Teleph. 9045.
Ernst Lüth Nachf., Spillerstr. 5, T. 493.
Carl Piper, Blücherstr. 23, T. 8955.

Mühlentor:

Gebr. Begasse, Uhlandstr. 7, T. 491.
W. Bielfeldt, Friedrichstr. 1, T. 2241.
Max P[illegible], [illegible]eb.-Allee 40, T. 824.

[illegible]stentor:

Fr[illegible] Beam, Hansastraße 97.
Ad. Danielsen, Moisl. Allee 25, T. 1810.
Bernh. Grube, Lachsw.-Allee 25, T. 2264
Johs. Schwang, Schwartauer Allee 5, Teleph. 1809.
Otto Böhnck, Friedenstr. 76.
Carl Trost Nachfg., Fackenburger Allee 55, Teleph. 1990.
Johs. Schröder, Ziegelstr. 14.

Paul Oldenburg, Fackenburg, T. 2018
Aug. Lembcke, Cleverbrück, T. 2215.
Paul Dragehn, Schwartau, T. 1789.
J. H. Krüger, Travemünde, Torstr. 1, Tel. 1. Kaiser-Allee 5a, Tel. 48.
J. H. Krüger, Niendorf a. O., T. 16.
J. Nahl, Pansdorf.
K. Barkmann, Schlutup.
F. Marquardsen, Schlutup.
F. Krellenberg, Schlamsdorf.
J. Deppen Nachf., Dassow.

Die treibende Kraft

bei dem Streben nach Wohlstand ist die Sparsamkeit. Sie sparen bedeutend, wenn Sie an Stelle teurer Molkereibutter beste Margarine verwenden und zwar

Rheinperle

-Margarine, das Beste vom Besten.

Solo

-Margarine, der altbewährte feine Butter-Ersatz.

Cocosa

feinste Pflanzen-Butter-Margarine.

Im Gebrauch, Aroma und Bekömmlichkeit sind diese ersten Marken feinster Butter gleich. Ueberall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten:
Holl. Marg.-Werke Jurgens & Prinzen G. m. b. H. Goch.

statt **Butter** das beste!

Gewerkschaftshaus

Lübeck, Johannisstraße 50-52

Sonnabend, 23. Septbr. 1911:

Theatralischer Abend

— verbunden mit Konzert —

veranstaltet vom Zentralverband der Zivilmusiker.

Gastspiel des ersten Hamburger plattdeutschen Ensembles.

Gastspiel des Herrn **Rudi Rahe** vom Ernst-Drucker-Theater in Hamburg.

De Nachtigal ut denn Bäckergang

Volksstück in 3 Akten v. Dr. J. Stinde.

Hierauf:

O, düsse Deenstmäkens.

Schwank in 1 Akt v. Dr. J. Stinde.

Kassenöffnung 7 Uhr.
Anfang 8½ Uhr.

Eintritt 30 Pfennig.

Karten-Vorverkauf im Gewerkschaftshaus, in der Expedition des Lübecker Volksboten und in den bekannten Stellen.

Achtung Zimmerer!

Die Versammlung am Donnerstag, dem 21. September, findet nicht statt.

Der Vorstand.

HANSA THEATER

Die Sensation der Saison!

Das Mädchen aus Wild-West.

Amerik. Ausst.-Komödie mit Gesang und Tanz in 4 Akten von R. Marwill.

1. Akt: **An Bord eines engl. Kriegsschiffes.**
2. Akt: **Im wilden Westen.**
3. Akt: **Der Railway-Tunnel von Red Cross.**
4. Akt: **Am Traualtar.**

Langjähriges Kassen- u. Zugstück d. „Germany-Theatre", Neuyork.

35 mitwirkende Personen! 35

Vorverkauf bei **Sager.**
Vorzugskarten zu ermäßigten Preisen, an der Abendkasse wochentags gültig.

Neues Stadttheater.

Donnerstag, 21. Sept. 7½ Uhr.
Voll-Abonn. 5. Donnerstag-Ab. 1.

Glaube und Heimat.

Tragödie eines Volkes von Karl Schönherr.

Freitag, 22. Septbr. 7½ Uhr.

Tannhäuser.

Große Oper von Wagner.

In Vorbereitung:

Neu! Königskinder

Oper von E. Humperdinck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 220. Mittwoch, den 20. September 1911. 18. Jahrg.

Volksdemonstrationen gegen die Teuerung und Straßenkämpfe in Wien.

Das gemütliche Wien, die Stadt der Cafehäuser und des Theaterklatsches, war, wie bereits berichtet, am Sonntag bis tief in die Nacht hinein der Schauplatz höchst bedeutsamer Vorgänge. Die sozialdemokratische Partei hatte die Arbeiter zu einer großen Demonstration gegen die Teuerung aufgeboten. Den Regierenden sollte die große Erregung der Volksmassen über das ungeheure Steigen der Lebensmittelpreise und über die Untätigkeit der Regierung angesichts der Volksnöte vor Augen geführt werden. Und wahrlich just in Österreich und besonders in Wien war Grund zu einer ungewöhnlichen Erregung im Volk. Bei der Obmännerkonferenz am letzten Freitag, in der über die Frage der Einberufung des Reichsrats beraten wurde, hatte der Ministerpräsident Freiherr von Gautsch in frechem Hohn auf die Verzweiflung der Massen über die ungeheure Lebensmittelteuerung erklärt: die Erregung der Arbeiter über die Lebensmittelpreise sei von Führern „arrangiert", und die Regierung werde eventuell mit Waffengewalt Demonstrationen entgegentreten. Also Säbelhiebe und Flintenkugeln dem hungernden Volk statt Brot und Fleisch!

Diese brutale Regierungsweisheit, für die übrigens der Herr Freiherr, als einige sozialdemokratische Reichsratsabgeordnete darob bei ihm vorstellig wurden, fast förmlich Abbitte geleistet hat, brachte die Massen der Wiener Arbeiter in Bewegung. Von 9 Uhr vormittags strömte es aus den Vorstädten herein zum Zentrum, nach den Plätzen in der Nähe der Hofburg, die seit Sonnabend völlig verrammelt war, und nach dem Platz vor dem Rathaus. Die große Volkshalle des Rathauses, in der 10 000 Menschen Platz finden, konnte die Menge bei weitem nicht fassen. Vierzig-, Fünfzigtausend stauten sich auf dem Rathausplatz, auf dem Platz vor dem Parlamentsgebäude und auf der Ringstraße. Überall wurden Rednertribünen improvisiert, von denen herab sozialdemokratische Reichsratsabgeordnete über die auf der Wiener Arbeiterbevölkerung schwer lastende Wohnungsnot und über die Lebensmittelteuerung sprachen und Forderungen aufstellten, diese Nöte zu lindern. Alle Reden wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen, entsprechenden Resolutionen zugestimmt. Dann sollte es im dichtgeschlossenen Demonstrationszuge durch einige Straßen der inneren Stadt und wieder hinaus nach Ottakring, Favoriten und allen den andern armseligen Arbeitervierteln der stolzen Kaiserstadt gehen. Aber es kam anders. Die friedliche Demonstration der sozialdemokratischen Arbeiter durfte nicht so vorübergehen. Die Regierenden wollten die Notwendigkeit der Anwendung von Waffengewalt gegen hungernde Arbeiter beweisen.

Schon, als die vorstädtischen Arbeiter nach dem Zentrum der Stadt geeilt waren, hatten sie ein außerordentliches Aufgebot von Polizei und auch von Militär bemerkt. Die Militärbehörden hatten nicht nur die ganze Wiener Garnison aufgeboten, sondern auch noch drei Schwadronen Ulanen, Husaren und Dragoner von auswärts herangezogen. Als die Menge auf dem Rückweg vom Rathaus vor dem Parlament vorüberzog und dort vor etwa 2000 Arbeitern, die auf der Rampe des Parlamentsgebäudes eine Versammlung abgehalten hatten, fiel hier plötzlich ein Schuß. Es war ein Kanonenschlag, den anscheinend ein dummer Junge — wenn es nicht ein im Dienst der Polizei stehendes Individuum ist — abgebrannt hatte. Aber die Menge war durch das aufreizende außergewöhnliche Polizei- und Militäraufgebot so in Erregung geraten, daß das Gerücht, es sei auf die Demonstranten geschossen, sofort Glauben fand und wie ein Lauffeuer durch die dichtgedrängten Reihen ging. Die Stimmung der Massen war durch den frechen freiherrlichen Hohn und die polizeiliche und militärische Provokation so, daß es nur solchen Anlasses bedurfte, um die Explosion herbeizuführen. Die Massen machten Kehrt und zogen zum Rathaus zurück. Hier machten Polizei und Militär, erst Kavallerie und dann auch Infanterie, mit aufgepflanztem Bajonett mehrere Attacken auf die dicht eingekeilt stehende Menge, die sich natürlich wehrte, so gut es ging. Es wurden, da es an andern Waffen fehlte, Steine gegen die attackierenden Polizisten und Soldaten geworfen. Auch wurden die Fenster des Rathauses, des Verwaltungsgerichtsgebäudes und einige andere Häuser eingeworfen. Es setzte Verwundete auf beiden Seiten. Ein Mann wurde durch einen Säbelhieb getötet.

Schließlich gelang es der Masse, durch Seitenstraßen fortzukommen. Doch im Arbeiterviertel Ottakring, wo auch viel Mob Unterkunft hat, hatten die Halbstarken und das Verbrechertum die Tatsache, daß das Viertel von Polizei gänzlich entblößt war, dazu benutzt, Exzesse schlimmster Art zu begehen. Als die demonstrierenden Arbeiter, gefolgt von Polizei und Militär, dahin zurückkamen, war hier eine Revolte des Pöbels im besten Gange. Straßenbahnwagen wurden aus den Schienen gehoben und in Brand gesteckt. Eine Schule wurde gestürmt und völlig demoliert. Die „Plattenbrüder", wie man in Wien den Mob, bestehend aus Zuhältern, Verbrechern aller Art, Tagdieben, wie sie sich in der Großstadt in bestimmten Gegenden ja sammeln, nennt, hatten es aufs Demolieren und vor allem aufs Plündern abgesehen. So wurde ein großes Café nahe beim Ottakring gestürmt und gänzlich verwüstet. Auch auf eine große Tabakfabrik in Ottakring hatte man es abgesehen. Sie wurde von Militär und Polizei geschützt.

Die „Plattenbrüder" wußten sich vor dem anstürmenden Militär stets rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Zwar hielten sie hie und da eine Weile stand, hinter Verhauen und Barrikaden, die sie schnell errichtet hatten, aber sie verflüchtigten sich doch stets so schnell, daß sie immer an andern Orten von neuem auftauchen und ihre Exzesse begehen konnten. Statt der Schuldigen mußten die Unschuldigen leiden. Auf die Arbeiter, die von der Demonstration in der inneren Stadt heimkehrten, auf die Neugierigen wurden Kavallerieattacken gemacht, und die Infanterie ging mit Bajonettangriffen und Gewehrsalven gegen sie vor. In den Straßen Ottakrings und auf dem südlich von diesem Stadtteil gelegenen Exerzierplatz „Die Schmelz", auf dem sich in später Nachtstunde noch größere Trupps „Plattenbrüder" zusammengerottet hatten, um die allgemeine Wirrnis zu neuen Plünderungszügen zu benutzen, kam es zu heftigen und blutigen Zusammenstößen mit Militär und Polizei. Sechs Personen sollen dabei getötet und 50 bis 60 Personen schwer verwundet sein.

* * *

Diese Schilderung weicht wesentlich ab von der Darstellung des „Hbg. Korresp.", der wir am Montag Raum gaben. Aus dieser Darlegung geht aber auch hervor, wer die Schuld an den Zusammenstößen trägt.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Lohnbewegung der Lithographen und Steindrucker in Leipzig. Über die gescheiterten Verhandlungen wird uns noch berichtet: Die von den Gehilfen eingereichten Vereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen enthalten 12 Positionen, aber nur über die ersten beiden wurde verhandelt und zwar über die Arbeitszeit und den Mindestlohn. Die Gehilfen fordern: Die tägliche Arbeitszeit ist für Lithographen (auch Korrekturlithographen), Kartographen und Zeichner 8 Stunden; für Steindrucker 8½ Stunden, an Rotationsmaschinen 8 Stunden. Die Prinzipale wollten keine tägliche, sondern eine wöchentliche Arbeitszeit festgesetzt haben, die aber statt der geforderten 51 auf 53½ Stunden bemessen werden soll, schließlich waren sie bereit, 53 Stunden zu bewilligen. Die Korrekturlithographen und die Rotationsmaschinendrucker sollen aber auch solange wie die Steindrucker arbeiten (53 Stunden). Die Gehilfen wollten schließlich von der Festsetzung einer täglichen Arbeitszeit absehen und den Wünschen der Prinzipale entsprechen, die Arbeitszeit pro Woche festlegen. Auch wollten sie, daß die Korrekturlithographen und die Rotationsmaschinendrucker dieselbe Arbeitszeit wie die Steindrucker haben sollen; die Korrekturlithographen sollen aber die Zeit von 8 Stunden pro Tag bis zur Arbeitszeit der Steindrucker extra entschädigt erhalten, für die Steindrucker wollten die Gehilfen mit einer Arbeitszeit von 52 Stunden pro Woche zufrieden sein. Da die Prinzipale aber erklärten, unter allen Umständen an ihrem Vorschlage festhalten zu müssen, wurde dieser Punkt als unerledigt zurückgestellt. Aber auch bei dem Mindestlohn wurde keine Einigung erzielt. Die Gehilfen fordern: Der Mindestlohn beträgt wöchentlich im ersten Gehilfenjahre nicht unter 24, im zweiten Gehilfenjahre nicht unter 27 Mk. Für Rotationsmaschinenmeister im ersten Jahre der Beschäftigung an der Rotary- oder Offsetpresse nicht unter 40, dann nicht unter 45 Mk. — Die Prinzipale wollten aber nur einen Mindestlohn im ersten Gehilfenjahre von 21, nach längerem Handeln 22 Mk. bewilligen, alle übrigen Forderungen sollten gestrichen werde. — Die Gehilfen gingen auch hier von ihren Forderungen ab und boten folgendes Entgegenkommen an: Der Mindestlohn beträgt im ersten Gehilfenjahre nicht unter 21 Mk., für Leipzig 23 Mk., im zweiten Gehilfenjahre 26 Mk. und soll nach den Verhältnissen örtlich festgesetzt werden. Für Rotationsmaschinenmeister beträgt der Mindestlohn im ersten Vierteljahr (als Probezeit gedacht) wie bisher, dann 40 und im zweiten Jahre der Beschäftigung nicht unter 45 Mk. Die Prinzipale erklärten aber, hierauf nicht eingehen zu können und erklärten auch die Verhandlungen der weiteren Fragen für zwecklos. Somit waren die Verhandlungen gescheitert und die Parteien schieden mit Worten der Kriegserklärung. Was der Unternehmerschutzverband für Maßnahmen treffen wird, die er in einer Kreisvertretersitzung bereits beschlossen haben will, ist noch nicht bekannt. — In Leipzig werden nunmehr am kommenden Sonnabend, dem 23. September, die Lithographen und Steindrucker ausständig. Leipzig ist für Lithographen und Steindrucker gesperrt.

Lohnbewegung im Darmstädter Transportgewerbe. Nachdem sich die Kohlenfuhrleute und -träger bereits 14 Tage im Kampfe befinden, beschlossen die im Transportgewerbe (Spedition, Möbeltransport usw.) Beschäftigten, die Arbeit niederzulegen. Die Arbeiterschaft war zu diesem Schritt gezwungen, weil das Unternehmertum jede Verbesserung strikte ablehnte. Speziell gegen jede tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sprachen sie sich aus, sodaß den unter den miserabelsten Arbeitsbedingungen Tätigen nichts anderes übrig blieb, als die Arbeit niederzulegen.

Den Teufel an die Wand malen.

Erzählung von Fr. Gerstäcker.

(10. Fortsetzung.)

Was war das? — Ein Zeichen für ihn? Trautenau konnte es sich nicht erklären, denn schien es denkbar, daß Clemence Joulard ihm ein solches hinterlassen würde? Aber er wußte wenigstens, daß dort etwas liegen geblieben war. Vielleicht hatte sie irgend etwas nur zufällig verloren, und er konnte es ihr dann durch den Kellner hinaufschicken.

Der Major wie Clemence waren schon oben im Gang verschwunden, und mit wenigen Sätzen sprang Ernst die Stufen hinauf und fand dort einen weißen, noch warmen Handschuh — mit einer Visitenkarte darin, auf welcher, in kaum lesbar feiner Schrift der Name Clemence zu Berg née de Joulard stand. Aber sonderbar — die Karte war oben am Rand sechsmal eingerissen.

Unten trat der Kellner in die Tür. Ernst barg seine Beute rasch in der Hand und wollte das Hotel verlassen, denn zuerst mußte er mit Frank sprechen, wie er hier zu handeln habe; das alles war so rasch gekommen, daß er kaum einen Gedanken fassen konnte.

„Das waren sie," flüsterte der Kellner, als er an ihm vorüberschritt, indem er mit dem Daumen über seine Schulter zeigte. „Famose Person, he?" Damit blinzelte er den jungen Fremden verschmitzt an, drückte sich seine Serviette unter den Arm und verschwand damit in der Küche.

Ernst schritt rasch der eigenen Wohnung zu, aber er begegnete dem Freund schon unterwegs, der eben seine Briefe zur Post gegeben hatte. Er nahm auch ohne weiteres seinen Arm und erzählte ihm, während er mit ihm die Straße hinabschritt, das Begebnis der letzten Stunde sowohl wie das, was er von dem Kellner über die Gatten gehört.

„Hm, zeig' mir einmal die Karte. Clemence de Joulard — eine kleine Eitelkeit — und sechs Risse darin".

„Sie können zufälllig hineingekommen sein".

„Sie können, ja — aber ich glaube es nicht. Frau von Reuhenfels sieht mir nicht so aus, als ob sie etwas zufällig tut".

„Aber was können sie bedeuten?"

„Wenn irgend etwas, natürlich nur eine Zahl — also sechs, und das kann wieder nur sechs Uhr sein. Sie wünscht ein Rendezvous mit dir".

„Das ist nicht denkbar".

„Bah, was ist bei einer jungen, intriganten Frau nicht denkbar, noch dazu, wenn sie einen Tyrannen zum Gemahl hat."

„Die wenigen Jahre können sie nicht so verdorben haben, oder ihr Mann müßte mehr als ein Teufel sein."

„Erstlich hast du sie früher gar nicht so genau gekannt und nur par distance angebetet, und dann weiß man auch in der Tat nicht, was alles in der Zeit vorgefallen sein kann."

„Vielleicht verlangt sie in irgend etwas meine Hilfe."

„Höre, Ernst, wenn du meinem Rat folgst, so gehst du der Dame entschieden aus dem Weg. Wir wissen jetzt, was wir von dem Paare wissen wollten, und wahrscheinlich auch alles, was wir überhaupt erfahren werden. Hat sie Streitigkeit, oder lebt sie in Unfrieden mit ihrem Gatten, so kann und darf sich da natürlich kein Fremder hineinmischen — ich wenigstens möchte dafür danken. Und dann, was könntest du ihr auch helfen? Also folge mir, alter Freund. Heute nachmittag halb drei oder drei Uhr, ich weiß es nicht genau, gehen fast zu gleicher Zeit die beiden entgegengesetzten Züge nach Frankfurt und nach Köln ab. Ich werde jedenfalls den einen benutzen, setze du dich in den anderen und laß die gnädige Frau nur ruhig allein ausessen, was sie sich damals eingebrockt.

„Meine arme Clemence."

„Werde nicht langweilig oder gar sentimental," sagte Frank, „denn du hast gar keine Ahnung davon, in welche höchst unangenehmen Verwickelungen dich ein solcher Wahnsinn bringen könnte."

„Und du willst wirklich heute mittag fort?"

„Ich muß jetzt. Ich habe meine Ankunft in M— fest auf übermorgen angezeigt und reichlich noch einen halben Tag, vielleicht sogar mehr, in Frankfurt zu tun. Ich kann nicht länger bleiben."

Ernst schritt eine ganze Weile in tiefem Nachdenken neben dem Freund her. Er war unschlüssig, was er tun, wie er handeln sollte. Seine Vernunft sagte ihm wohl, daß Frank vollkommen recht habe, aber sein Herz drängte ihn doch immer wieder, der zu dienen, die lange Jahre hindurch nicht allein sein Ideal von Schönheit, sondern auch aller weiblichen Tugenden gewesen war. Er konnte sich den Glauben an sie wenigstens nicht so rasch erschüttern lassen.

„Und gehst du heute mit dem Mittagszug nach Köln?"

„Ich weiß es nicht", erwiderte Ernst zerstreut. „Ich weiß es wahrhaftig noch nicht, Frank."

„Du irrst dich, wenn du glaubst, der Dame durch dein Bleiben einen Gefallen zu erzeigen."

„Ich werde ihr wahrscheinlich gar nicht wieder begegnen. Nur aus der Ferne möchte ich sie noch einen Tag beobachten. Ihr Benehmen dann soll nachher maßgebend für mich sein."

„Ich will dir etwas sagen, mein Junge," bemerkte da Frank, „es ist ein ganz altes, ehrwürdiges Sprichwort: „Wer nicht hören will, muß fühlen, und du scheinst mir auf dem besten Weg dazu. „Komm," setzte er herzlich hinzu, „mach den kleinen Umweg über Frankfurt und gehe mit mir. Ich gebe dir mein Wort, ich lasse dich hier nur mit recht schwerem Herzen zurück, und wollte zu Gott, wir hätten dies verdammte Wiesbaden im Leben nicht gesehen."

„Ich bin ja doch kein Kind, Frank, daß ich tolle Streiche machen würde. Du darfst mir mehr zutrauen." Frank seufzte, aber es ließ sich eben an der Sache nichts mehr ändern, Ernst mußte in der Tat wissen, was er selber zu tun hatte, und beide schritten jetzt zu ihrer Wohnung zurück, um wenigstens die letzten Stunden noch zusammen zu verbringen. Frank redete dem Freund allerdings selbst noch auf dem kurzen Weg nach dem Bahnhof ernstlich zu, wenigstens das Haus des Herrn von Reuhenfels zu vermeiden und sich auf neutralem Boden zu halten. Ernst war aber recht einsilbig geworden, denn die bezeichnete Visitenkarte ging ihm im Kopf herum. Wenn Clemence nun wirklich nach ihm verlangte? — Wohl mußte er sich dabei sagen, daß er ihr gar nichts helfen oder nützen könne — er wollte ja auch nur Gewißheit darüber haben, daß sie sich nicht unglücklich fühle — daß seine Befürchtungen unbegründet seien, und dann wieder kam das Bild der Frau dazwischen, wie er sie gestern abend am Spieltisch gesehen, und wenn er sie dann dachte, wie er sie früher gekannt und geliebt hatte! Am Ende war es das beste, er folgte Franks Rat. Hätte er nur seine Sachen bei sich gehabt, er würde ihn selbst jetzt begleitet haben, aber dazu hatte er keine Zeit mehr.

„Hab' keine Angst um mich, Frank," flüsterte er ihm aber noch in das Kupee hinein, „ich werde gewiß vernünftig handeln. Ich sehe ein, daß die jetzige Wirklichkeit nicht mehr mit meinem Ideal zusammenpaßt, ich werde mir daher eine noch bittere Enttäuschung ersparen und die Dame nicht besuchen, sondern den Handschuh einfach im Hotel abgeben."

„Und versprichst du mir das wirklich?"

„Hier hast du meine Hand darauf."

„Jetzt bin ich zufrieden, und dann tu' mir nur noch die Liebe und mach', daß du so rasch als möglich nach Köln hinunterkommst."

(Fortsetzung folgt.)

Aus Nah und Fern.

Verhandlung gegen die Meineidsfürsten? Eine Berliner Korrespondenz, die mit gerichtlichen Kreisen Fühlung hat, verbreitet folgende Nachricht: Nach einer von wohlinformierter Seite ausgehenden Mitteilung soll die Meineidsaffäre des Fürsten Philipp zu Eulenburg und Hertefeld Mitte oder Ende Oktober wieder vor dem Schwurgericht des Landgerichts I aufgerollt werden. Geheime Beobachtungen, die im Laufe des Sommers von Kriminalschutzleuten und insbesondere von Angestellten eines Berliner Detektivbureaus vorgenommen worden waren, sollen ergeben haben, daß Fürst Philipp zu Eulenburg, sobald er sich unbeobachtet weiß, sehr lustig und munter ist und keinerlei Symptome einer ernsten Erkrankung zeigt. Dieses Ergebnis wird voraussichtlich dazu führen, daß schon in nächster Zeit ein bestimmter Termin zur nochmaligen Verhandlung des Prozesses angesetzt werden wird. Das „Berl. Tageblatt" bemerkt zu dieser Meldung: „Die Nachricht wird uns von autoritativer Seite insofern bestätigt, als nicht in Abrede gestellt wird, daß die Anberaumung eines neuen Hauptverhandlungstermins gegen den Fürsten Eulenburg in absehbarer Zeit bevorsteht. Nur werden wir darauf hingewiesen, daß als Zeitpunkt für die neue Verhandlung nicht der von der Korrespondenz angegebene Termin in Frage käme. Dagegen ist, wie wir weiter hören, in den Berliner Kreisen, die dem Fürsten nahe stehen, von diesen beabsichtigten Maßnahmen nichts bekannt." — Eulenburg läßt natürlich versichern, daß es ihm nach wie vor sehr schlecht gehe. Die letzte Verhandlung gegen den Fürsten Eulenburg fand, wie erinnerlich, am 7. Juli 1909 vor dem Schwurgericht am Berliner Landgericht I statt. Er wurde gegen eine Kaution von 100 000 Mk. aus der Haft entlassen. Im August 1910 erfolgte die Sistierung des Verfahrens gegen den Fürsten auf die Dauer von zwei Jahren. Während dieser Zeit sollte der Fürst auch von allen gerichtsärztlichen Untersuchungen verschont bleiben.

Doppelselbstmord. In einem Kölner Hotel wurden ein Apotheker und seine Frau aus Aachen tot aufgefunden. Vermutlich liegt Selbstmord durch Vergiftung vor.

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich auf der Chaussee zwischen Pfungstadt—Bickenbach. Ein Frankfurter Automobil, das sich auf der Rückfahrt befand, fuhr an einer scharfen Kurve gegen einen Randstein; die beiden Insassen, der Ingenieur Buß und der Monteur Schreiber, wurden herausgeschleudert. Der Monteur war sofort tot, der Ingenieur wurde schwer verletzt.

Bergmannslos. Auf dem Bergwerk „Droit-au-Mont" (Lothringen) sind bei der Ausbühnung des Schachtes 2 infolge Gerüsteinbruchs sechs Arbeiter über 20 Meter tief abgestürzt. Drei Arbeiter sind tot, die drei anderen verletzt.

Richter Lynch. Zu schweren Exzessen ist es am Montag in der ungarischen Stadt Groß-Wardein gekommen. Mit einem Bahnzuge trafen drei Räuber ein, die wegen Überfalls und Beraubung eines Holzhändlers Grünberg in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert werden sollten. Bei der Ankunft auf dem Bahnhofe stürmte eine wütende Volksmenge den Eisenbahnwagen, in dem sich die Verbrecher befanden. Trotz des heftigen Widerstandes eines Gendarmeriekorps ergriff die rasende Menge die drei und lynchte sie. An dem Aufkommen der fast zu Tode geprügelten Räuber wird gezweifelt.

Eine schreckliche Katastrophe hat sich in den Stromschnellen von Mankala im Fluß Kymmene im südlichen Finnland zugetragen. Eine Touristengesellschaft von elf Personen, unter denen sich der finnländische Architekt Eliet Saarinen nebst Gattin und der deutsche Schriftsteller Dr. Paul Remer mit seiner Gattin befanden, machte am 9. September die beliebte Tour längs der Stromschnellen. An einer der schwierigsten Stellen wurde das Boot von einem heftigen Windstoß gegen eine Klippe geworfen, an der es zerschellte. Sämtliche Insassen wurden in die Wirbel hinabgerissen. Nach ungeheuren Anstrengungen gelang es neun unter ihnen, sich an die Ufer zu retten. Zwei junge Frauen gingen jedoch vor den Augen der übrigen zugrunde, ohne daß man ihnen zu Hilfe kommen konnte. Die eine war die junge Gattin eines Helsingforser Architekten Ekland, die zweite eine junge Deutschrussin, Fräulein Tea von Lingen, eine Tochter der Dichterin Thekla von Lingen. Die Mankalaroute ist seit ein paar Jahren regelmäßig befahren worden, ohne daß ein Unfall vorgekommen wäre. Die eigens für die Stromschnellen gebauten Boote sind sehr solide und werden von bewährten Steuermännern geführt.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

„MOKASAN"
stärkt
die Nerven.

Für die rege Teilnahme und Kranzspende bei der Beerdigung meiner lieben Frau spreche ich hiermit allen meinen Dank aus.

Rud. Hilmer.

Zu sofort oder später
Kottwitzstraße mehrere Drei- und Zwei-Zimmer-Wohnungen
zu vermieten. Näheres
Kottwitzstraße 38, pt.

Gesucht zum 1. Januar eine **Drei-Zimmer-Wohnung** vor dem Holstentor im Preise bis 270 Mk. Ang. u. **R T** an die Exp. d. Bl.

Zu verm. zum 1. Okt. eine **Flügelwohnung**, 160 Mk.
An der Mauer 142.

Dr. Schuhr
wohnt Schwartauer Allee 2a.

Sofa, Vertiko, Tisch, Stühle, u. a. auch **2 Halbdaunen-Betten** billig zu verk. Glockengießerstr. 6, II.

Ein eiserner Ofen
zu verkaufen. Sedanstr. 16a, I.

Jüngeres ordentl. Mädchen
zum 1. November gesucht. Waschfrau wird gehalten. Königstr. 48a, III.

„MOKASAN"
ist
blutbildend.

Arbeitsschuhe zum Schnüren und Schnallen 6.75 6.25 5.50 3.90 Mk.
Schaftstiefel mit Eisen 12.50 11.50 9.50 8.90 Mk.
Kniestiefel mit steifen u. weichen Schäften 18.50 15.50 13.50 Mk.

W. Blumenthal
Lübeck
Kohlmarkt Ecke Sandstrasse
Schwartauer Allee Ecke Geverdesstrasse.

Rote Rabattmarken.

Sommer-Überzieher und **Briefmarken-Sammlung** zu verkaufen.
Mengstraße 4, part. links.

Bei unserer schnellen Abreise aus der Heimat ist es uns nicht möglich, allen Freunden und Bekannten Ade zu sagen, wir rufen hiermit allen, allen, ein herzliches Lebewohl zu.
Georg Leu u. Frau Käthe.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.

Habe **Rosenstraße 10**
ein
Kolonial- und Materialwaren-Geschäft
eröffnet.
Es wird mein Bestreben sein, meine Kundschaft durch gute und prompte Bedienung zufrieden zu stellen und bitte um gütigen Zuspruch.
Günther Werner.

Zwetschen, gute **Äpfel** u. **Birnen,** lg. gb. **Eßkartoffeln,** 10 Pfd. 50 Pfg., 100 Pfd. 4 Mk., **Magn. bon.-Eßkartoffeln,** 10 Pfd. 40, 100 Pfd. 3.50 M., bei mehr 100 Pfd. billig., weiß. **Kohl,** roter **Kohl, Steckrüben, Wurzeln,** empf. bill. **E. Prestin,** Fleischhstr. 60.

„MOKASAN"
bekommt
vorzüglich.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

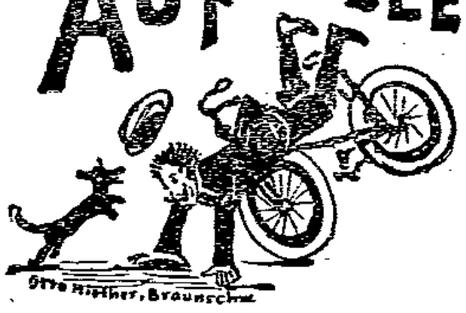
Wessels Straßenpneumatic
ist ein guter Reifen für täglichen Gebrauch.
Preis Mk. 6.50.
Andere Marken von Mk. 3.50 an empfiehlt
Wilhelm A. C. Wessel,
Breite Straße 60.
Gummi-Spezialgeschäft.

Ein Grammophon mit Platten zu jedem annehmbaren Preis zu verkaufen. Augustenstr. 20a.

Die Verlobung mit Herrn **Ferdinand Stümer** ist meinerseits aufgehoben.
Paula Steffen.

Feiertage halber bleibt mein Pfandgeschäft von Freitag nachm. 4 Uhr bis Montag **geschlossen.**
L. S. Baruch.

AUF ALLE FÄLLE



ersuche ich Sie, bei Anschaffung einer **erstklassigen Nähmaschine** oder eines **Fahrrades** von der Firma
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23,
Fernspr. 1685, Offerten einzuholen. Deutsche Trittnähmasch., Syst. Singer v. 55 Mk. an, Fahrräder v. 70 Mk. an. Alle Ersatz- und Zubehörteile zu den billigsten Preisen.

Bungeschen Speise-Essig ist anerkannt der beste.
Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinige Fabrikanten:
H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bunge, G. m. b. H.

Versammlung

aller

im Malergewerbe tätigen Arbeiter

am Donnerstag, dem 21. Septbr. 1911
abends 8½ Uhr
im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses, Johannisstr.
Referent: Koll. Zimmermann, Frankfurt M.

Berufskollegen, erscheint in Massen!
Zeigt, daß Ihr auf dem Posten seid!

Der Einberufer.

Lastadiearbeiter!

Sektions - Versammlung
Donnerstag, 21. Sept.
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Da in dieser Versammlung eine sämtliche Kollegen betreffende wichtige Angelegenheit erörtert wird, erwarten wir das Erscheinen sämtlicher Kollegen.

Der Vorstand.

Fackenburger Liedertafel.

Die Ziehung der Tombola findet **am Freitag, dem 22. September,** abends 8 Uhr, bei **F. L. Paetau** statt.

NB. Lose, welche bis zum 21. d., abends 8 Uhr, beim Hauptkassierer nicht zurück gegeben sind, werden als verkauft betrachtet.

Der Vorstand.

„MOKASAN"
ersetzt
Kaffee.

bringt die Frauenbewegung ein, und überall gibt sie lebendigen, neuen, jungen Kräften, die sich regen, die Möglichkeit der intellektuellen Weiterentwicklung. Die Debatten der von heiliger Begeisterung durchdrungenen Frauen, die zum großen Teil tagsüber in schwerer Arbeit stehen, waren frisch und sicher, und sie waren fast ausschließlich der eifrigen Suche nach neuen Mitteln und Wegen zu noch intensiverer Agitation gewidmet. Diese Frauen sind völlig durchdrungen von der Hoheit der Aufgabe, alle Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen zu vereinen zum Kampf gegen die politische Entrechtung, zum Kampf gegen die Ausbeutung ihrer Schwestern und Kinder. Und immer neue erfolgreiche Wege zur Organisierung der Frauen tun sich dem Suchenden auf. Die Erschließung dieser Wege ist vielleicht nur eine Frage ganz kurzer Zeit. Zunächst werden die Frauen-Lese- und Diskussionsabende ganz sicherlich im Flusse der Jahre in noch viel größerem Maße als bisher eine Stätte der Schulung und der Weiterentwicklung für unsere Frauen. Die Schulung in dem Sinne, daß sie unsere Genossinnen davor bewahren, nur gute, einsichtsvolle, soziale Reformerinnen, nicht zugleich aber auch revolutionäre Kämpferinnen zu werden.

Die Konferenz beschloß, zur Propaganda des Frauenwahlrechts im nächsten Jahre wiederum im ganzen Reiche einen Frauentag abzuhalten nach dem Muster des am 19. März d. J. stattgefundenen. Bei der Eröffnung des Reichstags sollen überall in öffentlichen Versammlungen die Frauen zum Massenprotest gegen den Lebensmittelwucher durch die Steuern und Zölle aufgerufen werden. Die Frauenbewegung wird sich ferner zu gegebener Zeit mit dem Vorentwurf zum Strafgesetzbuch beschäftigen, der an den Reichstag gelangt. Sie wird weiter die Arbeiterinnen im ganzen Lande zur tatkräftigen Teilnahme an den Krankenkassenwahlen auffordern.

Der Kongreß beschäftigte sich ferner mit dem Kinderschutz. Trotz des Kinderschutzgesetzes vom 1. Januar 1904 werden in Deutschland noch Hunderttausende schwacher Kinder erwerblich ausgebeutet. Die Konferenz forderte von der Regierung die notwendige Vervollständigung des Gesetzes, forderte aber auch die Parteigenossen in Stadt und Land auf, in der Beseitigung der Kinderarbeit mit gutem Beispiele voranzugehen und die eigenen Kinder von jeder Erwerbsarbeit fernzuhalten. Die hohe Wertschätzung der Handarbeit an sich — nicht der kapitalistisch betriebenen — aber bekundete sie dadurch, daß sie die sozialdemokratischen Vertreter in den Landtagen und Kommunen aufforderte, überall mit Energie für die Einführung des obligatorischen Handarbeitsunterrichts in den Schulen hinzuwirken.

Infolge der skandalösen Behandlung, die die Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes in der Reichsversicherungsordnung erfuhr, stellte die Konferenz dann noch einmal die großen, von vollem Verständnis des sozialen Frauenelends diktierten Forderungen auf, die als das Minimum einer Mutter- und Säuglingsfürsorge durch die Versicherungsgesetzgebung angesehen werden müssen.

In hinreißender Art referierte Klara Zetkin über die Frauen und die Reichstagswahlen. Warmherzig, aber auch von der sichersten Beherrschung der Materie Zeugnis ablegend, war das Referat der Genossin Weyl-Berlin über die Frauen und die Gemeindepolitik. Wir geben allen unseren in der Agitation praktisch mitarbeitenden Genossinnen und Genossen den dringenden Rat, wenn sie später im Protokoll die Verhandlungen der Konferenz lesen, vor allem diese beiden letzten vorzüglichen Referate zu studieren.

Am Sonnabend um 7 Uhr abends wurde die Konferenz geschlossen. Sie hat gute Arbeit geleistet und in bester Weise neue Anregungen gegeben für die agitatorische und praktische Tätigkeit. Genossin Zietz feuerte in einem packenden Schlußwort alle Teilnehmer an, das Beste für die Bewegung zu leisten. Wo Frauen und Mädchen mit ihrem Gefühl zu uns gehören, da muß es ihnen zum Bewußtsein gebracht werden, daß es ein Akt der Pflicht ist gegen sich selbst und ihre unterdrückte Klasse, dann auch ungescheut und fest ihren Anschluß an die politische Organisation unserer Partei zu vollziehen.

Allerlei Wissenswertes.

Die Zurücksetzung des Weibchens im Tierreich.

Auf Schritt und Tritt kann man in der Natur die Beobachtung machen, daß wenigstens bei den höheren Tieren das weibliche Geschlecht äußerlich eine starke Zurücksetzung erfahren hat. Noch deutlicher wird diese Tatsache beim Gang durch einen zoologischen Garten. Am auffälligsten ist ein zuweilen fast übertrieben erscheinender Schmuck der Männchen und eine scharf abstechende Schlichtheit der Weibchen unter den Vögeln, aber auch bei den Säugetieren bis zu den höchsten Gruppen hinauf ist das Männchen stattlicher. Man denke nur an den Unterschied zwischen dem Löwen und der Löwin oder auch zwischen dem Mandrill und seiner Frau. Der Grund oder die Ursache, die für diese Entwicklung angegeben wird, zielt dahin, daß das Männchen möglichst verlockend gestaltet sein muß, um das Gefallen des Weibchens zu erregen. Dennoch kann eine solche Erklärung kaum als befriedigend gelten, weil man ebenso gut umgekehrt dasselbe von den Weibchen sagen könnte. Auch der Mensch, vom Naturmenschen an bis zum Modemenschen des Jahres 1911, handelt in entgegengesetztem Sinne. Aber auch im Tierreich gilt jener Satz nicht so allgemein, denn es gibt einige Vogelarten, bei denen das Weibchen in jeder Beziehung die Hauptrolle spielt. Nicht nur übertrifft es das Männchen an Größe und Färbung, sondern überläßt diesem auch die Sorge um die Nachkommenschaft, während es selbst die Weltdame spielt und dem Vergnügen nachgeht. Besonders stark tritt dies Verhältnis bei den Straußenvögeln hervor, und zwar sowohl bei den echten Straußen wie bei den Kasuaren, Emus, Nandus usw. Bei ihnen handelt es sich freilich weniger um Äußerlichkeit, als um die größere Charakterstärke des weiblichen Geschlechts. Bei anderen Vögeln wie bei den Kampfwachteln Indiens ist das Weibchen aber auch äußerlich weit ansehnlicher, das Männchen dagegen ganz schlicht gekleidet.

Aus den Witzblättern.

Leutnant v. W. kommt früh morgens durch Nachtruhe kaum gestärkt, zum Exerzieren. Nur mühsam entringen sich die Kommandorufe seinen bleichen Lippen. Als es kaum vernehmbar ertönt: „Lanzen gefällt!“ folgt nur ein Teil der Reiter dem Ruf. Wütend wiederholt der Wachtmeister das Kommando. Mit müder Geste winkt v. W. ab: Lassen Sie nur, es wird sich schon 'rumsprechen!“

*

Zu dem ob seiner Gutmütigkeit bekannten Hofschauspieler T. in W. kam eines Tages ein recht ärmlich gekleideter junger Mann. Er behauptete, Volkssänger zu sein, und bat den großen Kollegen um einen schwarzen Anzug, damit er wieder ein Engagement annehmen könne. T. schleppte auch tatsächlich einen Gehrockanzug und Stiefel herbei — und gestattete sogar, daß der junge Mann diese Sachen gleich anzog. Nachdem der Volkssänger neu gekleidet war, trat er sofort ziemlich selbstbewußt auf und fragte T.: „Sagen Sie, Herr Hofschauspieler, es kommen doch auch arme Leut zu Ihnen?“ — „Wie meinen Sie?“ — „Ach, wissen Sie, dann könnt ich ja meinen alten Anzug gleich da lassen.“

*

Der Herr Oberlehrer setzt sich mit den Seinen zu Tisch, gerade als der kleine Karl die gefüllte Weinflasche aus dem Keller heraufbringt und dem Papa vorsetzt. „Du, Papa,“ beginnt er. „Schweig! Du weißt, daß die Kinder bei Tisch nicht unaufgefordert sprechen sollen.“ Nach einiger Zeit hört man aber wieder ein schüchternes „Papa“. Darauf noch eine strengere Zurechtweisung. In Stille endigt das Mahl, und nun erhält Karl vom Papa das Wort. „Ich wollte dir nur sagen, daß ich den Faßhahn nicht mehr zudrehen konnte.“

(Simplizissimus.)

Seine Konkurrenz. Rosenzweig handelt mit alten Kleidern. Das Geschäft will aber nicht mehr so recht gehen. — Da wird noch dazu eines Tages gegenüber ein Laden eröffnet: „Ein- und Verkauf getragener Herrengarderobe, allerbilligst!“ — Den Passanten werden Zettel in die Hand gedrückt: „Bei mir ist alles 10 Prozent billiger wie gegenüber. Überzeugen Sie sich, bitte selbst!“ Das neue Geschäft floriert. Ein Freund von Rosenzweig kommt durch die Straße; auch wird ihm der Zettel mit verdächtigem Augenzwinkern von einem jungen schwarzgelockten Mann in die Hand gedrückt. Er liest ihn und stürzt empor zu Rosenzweig. „Dent der, Rosenzweig, den Zettel drückt mer der junge Mann von der Konkurrenz in de Hand und flüstert mir ins Ohr: „Gehen Sie nix zu Rosenzweig, der haut Sie übers Ohr!“ Das ist doch unlauterer Wettbewerb, laß den Ganneff einstecken!“ Da schmunzelt Rosenzweig und sagt: „Ae tüchtiger junger Mann — das Geschäft blüht!“ — Erstaunt ruft der Freund: „Das freut dich noch, bist de meschugge, Rosenzweig?“ — Da lacht der alte Hosenhändler und flüstert: „Reg dir nix auf — de Konkurrenz is mei Filiale!“

(Fliegende Blätter.)

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Wöchentliches
Unterhaltungsblatt des Lübecker Volksboten.

Nr. 38. Mittwoch, den 20. September 1911.

An Bord des „Siegfried“.

Roman von Friedrich Thieme.

(21. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Staatsanwalt Grosse, so rühmlich er ihre außerordentliche Handlungsweise hervorhob und sie als eine Märtyrin der Kindesliebe pries, konnte sich doch nicht entschließen, an ihre Versicherung zu glauben. „Das vergossene Blut komme über ihren Vater“, rief er pathetisch, „aber vergossen ist es worden — so herrlich und einzig sie dasteht in ihrer Pflichttreue und Aufopferung, so erklärt doch die seltsame Situation, in welcher sich Elisa Norden befand, gerade so recht alles Rätselhafte, was bisher den an Bord des „Siegfried“ vollbrachten Mord umdüsterte. Bisher waren wir über das Motiv im Zweifel, nun spricht es in Klarheit zu unserem psychologischen Verständnis. Sie hatte sich für ein Opfer entschlossen, das zu vollenden ihr Herz nicht Mut und Stärke genug besaß. Eine andere Neigung trat hinzu, die Verzweiflung packte und verführte sie, den verhaßten Mann hinwegzuschaffen. Wer weiß, vielleicht gab sogar ein äußeres Zerwürfnis den Anlaß zu der Tat. Der Tote hielt die ihm gezogenen Schranken nicht immer inne, sie sah sich veranlaßt, ihm zu widerstehen. Man könnte dann von einer Art Notwehr reden, aber die Tat wurde immerhin getan.

Mit meisterhafter Logik entwickelte er den ganzen Verlauf, wie er sich ihn vorstellte und wie er psychologisch — das zehnte Wort in der neuen Gerichtssprache — erklärbar erschien. Die ganze Kette der Indizien schlang er um die schöne, in sich versunkene Gestalt, bis er ihr junges Leben in der kalten Umarmung zu ersticken drohte. Denn auf „Schuldig des Mordes“ lautete sein Antrag.

Doktor Walldörfer verlangte unter stürmischem Beifall der Zuhörer — der Präsident konnte nur durch die Drohung, den Saal sofort räumen zu lassen, die Aufregung beschwichtigen — die Freisprechung seiner Klientin. Die Widersprüche ihrer Aussagen hatten sich glänzend aufgeklärt, sie durfte nicht reden um ihres Vaters willen. Sie war eine Heldin der Pflicht, eine Märtyrin der Kindesliebe. Ein Weib von ihrer Art konnte keinen Mord begehen — auch nicht um ihrer Liebe willen. Und wo war hier das Motiv, da die Angeklagte doch selbst gesagt hatte: Zwischen ihm und mir bildete die Vergangenheit eine Schranke, welche nie überbrückt werden kann? Davon, daß sie nur ein Opfer war, durfte der Geliebte nichts erfahren.

„Meine Herren“, schloß der Verteidiger, „es ist eine furchtbare Tragödie, deren fünften Akt wir heute erleben. Das Stück wird als Trauerspiel enden, wie Ihr Verdikt auch lautet, aber geben sie wenigstens derjenigen, welche ihr Glück, ihren Vater, die Ehre ihrer Familie, ihre Heimat, welche alles verloren hat, verloren, weil sie großherzig war — geben Sie ihr wenigstens Freiheit und Ehre wieder“.

Die zwölf Männer begaben sich feierlichen Schrittes in ihr Beratungszimmer. Was würden sie mit sich herausbringen? Tod oder Freiheit?

In fiebernder Spannung harrten die Anwesenden, die Richter nicht ausgenommen. Länger als eine halbe Stunde währte bereits die Abwesenheit der Geschworenen, da öffnete sich die Saaltür, und ein Polizeikommissär trat eilig herein.

„Wo ist der Herr Schwurgerichtspräsident? Ist das Urteil schon gesprochen?“

„Nein, nein — aber es kann vielleicht jeden Augenblick —“

Der Kommissär eilte auf den Präsidenten zu. „Zwei wichtige Depeschen, Herr Präsident!“

„Was gibt es?“

„Die Angeklagte ist unschuldig! Lesen Sie nur dies, bitte!“

Der Präsident riß dem Kommissär die beiden Blätter aus der Hand. Nur einen Blick warf er hinein, dann schickte er nach dem Geschworenenzimmer und ließ die Geschworenen ersuchen, unverzüglich wieder in den Saal zu kommen.

„Meine Herren, Sie können Ihre Beratung nicht fortsetzen, hören Sie diese Depeschen.“ Mit zitternder Stimme las er vor:

„Neuyork, 25. August. Habe heute den Mörder des Kassierers Möbius in unserem Reisegefährten Reinhold Kämpf aus Breslau entdeckt. Der Mörder hat offenes Geständnis abgelegt. Elisa Norden unschuldig. Reise morgen früh ab. Denke spätestens 8. September in Berlin einzutreffen.

Professor Gerold.“

Wiederum ertönten Bravorufe im Zuschauerraum, ohne daß der Präsident diesmal deren Unzulässigkeit an diesem Orte hervorhob.

„Gleichzeitig mit dieser“, sprach er weiter, „ist eine amtliche Depesche eingetroffen, in englischer Sprache abgefaßt, deren Inhalt in sinngetreuer Übersetzung also lautet:

„Neuyork, 25. August. Professor Gerold aus Berlin nahm heute die Hilfe der hiesigen Polizei zur Ergreifung eines Mörders in Anspruch. Derselbe, ein junger Mensch namens Reinhold Kämpf aus Breslau, hat gestanden, der Urheber des an Bord des „Siegfried“ an dem Kassierer Möbius aus Berlin verübten Mordes zu sein. Der Mörder ist im deutschen Krankenhaus, wo er sich in Pflege befand, verhaftet und in der Krankenabteilung des Untersuchungs-Gefängnisses untergebracht worden. Weitere Mitteilungen folgen. Professor Gerold begibt sich sofort selbst nach Berlin, um über den Fall zu berichten.

„Ich würde auf Grund dessen“, erklärte der Präsident nach kurzer Besprechung mit seinen Kollegen sowohl als dem Staatsanwalt und Verteidiger, „die sofortige Freilassung der Angeklagten verfügen, doch erscheint es geboten, da ja immerhin noch ein Irrtum möglich ist, nähere Nachrichten und eventuell das Zeugnis des Herrn Professor Gerold abzuwarten, obwohl meiner Überzeugung nach an der Tatsächlichkeit des hier Mitgeteilten nicht zu zweifeln ist. In Übereinstimmung mit der Staatsanwaltschaft und Verteidigung verkündige ich daher als Beschluß des Gerichtshofes die Aussetzung der Hauptverhandlung bis nach Ankunft des Zeugen Professor Gerold. Es wird dann ein neuer Termin angesetzt und in Gemäßheit des Paragraphen 228 der Strafprozeßordnung mit dem Verfahren von neuem begonnen werden. Die Sitzung ist geschlossen.“

Doktor Walldörfer wandte sich zu seiner Klientin und reichte ihr tiefbewegt die Hand. „Das ist mehr, als ich hätte für Sie erreichen können, Fräulein Norden. Ihre Unschuld wird so klar wie Sonnenlicht sein.“

Elisa faltete die Hände. „Mein armer Vater!“ murmelte sie.

Als der Verteidiger wenige Minuten später den Gerichtssaal verließ, zeigte seine Uhr auf Mitternacht.

14.

Nachdem die unverzüglich angestellten Recherchen des Gerichtshofes die volle Echtheit der Telegramme und ihres Inhalts ergeben hatten, war Elisa durch Gerichtsbeschluß vorläufig auf freien Fuß gesetzt worden. Aber wohin sollte sie sich wenden? Sie mußte bleiben, um die neue Hauptverhandlung zu erwarten, und besaß doch weder die nötigsten Mittel zu leben noch eine Stätte mehr, wo sie ihr Haupt hinlegte. Der Inspektor des Untersuchungsgefängnisses stellte ihr liebenswürdig ein Zimmer seiner eigenen Wohnung bis zur Entscheidung ihres Prozesses zur Verfügung. Hier verlebte sie still und traurig die nächsten Tage, es vermeidend, auszugehen, so sehr sie die gutmütige Frau des Beamten auch ermunterte. Nur ihren Vater besuchte sie, so oft ihr das gestattet wurde; doch stimmten diese Ausgänge sie nur um so trüber, denn der Geist des alten Mannes war verwirrt. Er kannte sie nicht einmal mehr, und der rapide Verfall seiner Kräfte ließ an dem nahen Ausgang seiner irdischen Bahn keinerlei Zweifel. Im Grunde war das noch das beste, das sah Elisa wohl ein, denn er hätte doch nur für das Zuchthaus genesen können.

Nicht zum wenigsten gedachte sie in ihrem Hinbrüten auch des Professors, dem sie in erster Linie ihre Freiheit zu

danken hatte. Sie wünschte sehnsüchtig seine Ankunft herbei und fürchtete sie doch auch. Nun, die Zeit kehrt sich zum Glück weder an Wünsche, die sie beflügeln, noch solche, die sie stillstehen lassen möchten; über gute und böse Tage hinweg geht sie ihren regelmäßigen, durch die Jahrtausende sich gleichbleibenden Schritt und brachte auch den von Elisa mit so widerspruchsvollen Gedanken begrüßten Termin so sicher herbei, wie sie jeden Sterblichen dereinst hinführt zur Stunde des Abschieds von Leiden und Freuden, von Hoffnungen und Entwürfen.

Professor Gerold hatte eine gute Fahrt gehabt. am 7. September traf er in der Reichshauptstadt ein. Schon einige Tage vorher benachrichtigte eine Depesche aus Southampton die Polizei von dem Datum seiner Ankunft. So war es dem Präsidenten des Schwurgerichts möglich, den neuen Termin direkt im Anschluß an die letzte auf der Tagesordnung stehenden Verhandlungen, und zwar auf den 10. September festzusetzen.

Da der Professor als Zeuge geladen war, so unterließ er es, Elisa vorher zu besuchen. Erst in der Verhandlung selbst sahen sie sich wieder. Beide wechselten nur einen innigen Händedruck, ihre übervollen Herzen scheuten sich, sich vor den Augen der Öffentlichkeit zu erschließen. Sogar die sich ihm aufdrängenden Worte der Teilnahme, welche der Professor im Hinblick auf das Trauerkleid, das Elisa trug, hätte an sie richten sollen, brachte er nicht über die Lippen; sie wären ihm in diesem Augenblick wie eine banale Phrase erschienen, so tief aus der Seele sie auch drangen. Norden war einige Tage vorher seinen Leiden erlegen und zwei Tage vor dem Termin in sein stilles Grab gebettet worden. Niemand als sein Kind, das er so schwer getroffen, vergoß an der Bahre des noch vor kurzem so angesehenen Mannes, um dessen Bekanntschaft und Gruß man sich eifrig bemorben, die Tränen der Liebe, obgleich eine große Versammlung von Neugierigen dem Sarge das Geleit gab. Mit unendlicher Wehmut hatte Elisa gestern wieder eine Stunde an dem frischen Erdhügel geweilt, heute erschien sie so ruhig und gefaßt in dem Gerichtssaal, als ob sie jedes heftigeren Gefühls unfähig sei. Die Aufregungen der vergangenen drei Monate hatten sie total ermattet, und selbst ihre fast wunderbare Rettung in letzter Stunde vermochte keinen lebhafteren Ausbruch in ihr mehr hervorzurufen.

Der Andrang war wiederum ein ganz gewaltiger; die Entscheidung konnte zwar nicht mehr zweifelhaft sein, doch die Gerüchte, welche über die Geschichte der Entdeckung des wahren Mörders in Umlauf waren, stellten ganz besonders interessante Enthüllungen in Aussicht. Die Verhandlung selbst würde diesmal nicht wieder so lange Zeit in Anspruch nehmen, trotzdem man nicht einfach fortfahren durfte, sondern das Verfahren von Anbeginn wiederholen mußte.

Gerichtshof und Staatsanwaltschaft hatten Sorge getragen, die Verhandlung zu vereinfachen, letztere hatte alle Belastungszeugen bis auf den Inspektor Flohr fallen lassen und außer diesem nur noch den Entlastungszeugen, Professor Gerold vorgeladen. Die Angeklagte wurde veranlaßt, in kurzen Worten den Hergang zu erzählen, Zwischenfragen gab es nur wenige, denn man glaubte ihr heute jedes Wort. Dann begann die Beweisaufnahme mit der Vernehmung des Inspektors, der sich seiner Aufgabe so rasch als möglich entledigte; das Verhör stellte ja im Grunde nichts als eine bloße Förmlichkeit dar, und Flohr hätte wohl eine keineswegs beneidenswerte Rolle gespielt, wenn er nicht durch seine Entdeckung des Briefes das Fiasko seiner vorhergehenden Amtstätigkeit einigermaßen wieder ausgeglichen hätte.

Alles wartete mit sehnsüchtiger Spannung auf das Zeugnis des Professors. Endlich rief ihn der Gerichtsdiener vor die Schranken. Er trat vor die Richter in sehr ernster Haltung, doch verrieten seine Miene sowohl wie seine Stimme seinen Triumph, und in letzterer flackerte der innere Jubel zuweilen auf wie eine von einem plötzlichen Luftzug getroffene Flamme.

In feierlichem Tone leistete er den Schwur: „Bei Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden, nach bestem Gewissen die reine Wahrheit zu sagen, nichts verschweigen und nichts hinzuzusetzen, so wahr mir Gott helfe.“

„Teile Sie uns nunmehr mit, was Sie über die uns hier beschäftigende Angelegenheit zu sagen haben,“ forderte der Präsident ihn auf.

„Von Anfang an,“ erzählte Holm, „konnte ich an die Schuld der Angeklagten nicht glauben. Ich hatte sie während unserer Reise schätzen und bewundern gelernt, ich erkannte, daß sie alle anderen Damen, die sich auf dem Schiffe befanden, an Geist und Charakter weit überstrahlte. Es ist, wie ich aus den Prozeßberichten der Zeitungen ersehen habe, schon die Rede von der liebevollen Zärtlichkeit gewesen, mit welcher sich Fräulein Norden einer kranken Reisegefährtin und nach deren Ableben ihres verwaisten Töchterchens angenommen hat. In allen diesen Zügen offenbarte sich ein großes Herz, und ich konnte nicht fassen, wie ein solches Wesen sich zu einem so unwürdigen Schritte habe hinreißen lassen, wie die Flucht mit einem Bankspitzbuben ihn darstellte. Zwecklos erscheint es nun, wo alles seine befriedigende Erklärung gefunden, auf die Skrupel und seelischen Qualen einzugehen, welche mir der Gedanke daran verursachte. Von Anfang an von dem Inspektor in seinen Verdacht eingeweiht, vermochte ich das Verhältnis zwischen Elisa und ihrem Begleiter nicht zu enträtseln, ich überzeugte mich nur, daß von Liebe und Glück zwischen ihnen nicht die Rede sei. Mehr und mehr begann ich ein Geheimnis zu ahnen, das ich nicht zu lösen vermochte.

Als der schreckliche Mord geschehen war, entsetzte mich der von dem Inspektor Flohr sofort und kaltblütig ausgesprochene Verdacht gegen die junge Dame um so mehr, als in meinem Inneren eine peinigende Angst erwacht war, Elisa könne in ihrer Verzweiflung und Herzensqual doch vielleicht die Hand gegen ihren Peiniger erhoben haben. Ihre Tat konnte ja ein Akt der Notwehr oder im Affekt begangen sein. Bald aber erschien ein solcher Verdacht mir unwürdig.

Vergeblich bemühte ich mich jedoch, den Eifer des Inspektors nach einer anderen Richtung abzulenken; ein tüchtiger und gewissenhafter Kriminalist, hielt er sich doch zu sehr an rein äußere Momente, während er das entscheidende psychologische Moment, nämlich die moralische Qualifikation zur Begehung eines so gräßlichen Verbrechens, fast ganz aus den Augen ließ.

Umsonst zermarterte ich mein Gehirn, wer wohl, wenn Elisa außer Frage bleibe, der Urheber der Greueltat sein möge. Ich hatte an der Verwundung des Toten etwas Eigentümliches wahrgenommen, ohne mir darüber klar zu werden, worin das bestehe. Was war es nur? Ich grübelte und grübelte, doch ohne Erfolg. Ein Zufall brachte mich endlich auf die Spur. Nach der Verhaftung der Angeklagten fiel die Sorge für unseren gemeinschaftlichen Pflegling, die kleine Hilde Börner, mir allein zu. Eines Tages kommt das Kind ganz aufgeregt zu mir, sich über zwei unserer Mitpassagiere, die Herren Bortel und Kämpf, zu beklagen, weil diese ihr von Tante Eda — so nannte sie das Fräulein — erzählt hätten, sie habe gestohlen und totgeschlagen und befinde sich im Gefängnis.

Ich beruhigte die Kleine und suchte die beiden Sünder auf, in der Absicht, ihnen gehörig den Kopf zurechtzusetzen. Beide traf ich beim Ballspiel mit ein paar jungen Damen begriffen, und da ich das Spiel nicht stören wollte, blieb ich wartend stehen und sah den Sprüngen und Evolutionen der jungen Leute eine Weile zu.

Zunächst fiel mir nichts weiter auf, bis ich plötzlich den jungen Reinhold Kämpf den Ball werfen und auch fangen sah, und dabei entdeckte, daß dies nicht, wie seitens der übrigen Spielgenossen, mit der rechten, sondern seltsamerweise mit der linken Hand geschah.

(Fortsetzung folgt.)

Eine Revolte der Zunftgesellen.

Im April 1793 wanderte in Breslau ein Schneidergeselle aus Ungarn ein und fand dort Arbeit als Tagschneider. Nach kurzer Zeit wechselte er seine Arbeitsstelle. Hiergegen protestierte der Meister und erklärte, das so schnelle Verlassen des Arbeitsplatzes laufe den Zunftgesetzen zuwider. Darauf wurde der Geselle angewiesen, auf die erste Arbeitsstelle zurückzukehren. Die Kameraden standen auf dem entgegengesetzten Standpunkt. Auf dem Rathaus wurde nun der Geselle nochmals ernstlich aufgefordert, seine Arbeit wieder bei dem ersten Meister zu beginnen. Auf Abraten seiner Mitgesellen leistete er der Aufforderung nicht Folge, und nun wurde er kurzerhand auf Magistratsbefehl eingelocht. Jetzt sandten die Schneidergesellen 15 Altgesellen auf das Rathaus, um die Freilassung des Arbeitsgenossen zu erwirken. Diese wurden wegen „ungebührlichen Betragens“ gleichfalls eingesperrt. Nun erschienen 130 Gesellen beim Magistrat und forderten die Freilassung der Gefangenen. Doch auch diese 130 wurden festgenommen. Andern Tages kamen alle Schneidergesellen Breslaus zusammen und forderten die Freilassung ihrer Kollegen. Man setzte sie hinter Schloß und Riegel. Dies war an einem Sonnabend. Am darauffolgenden Sonntag verbreitete sich das Gerücht von der Gefangennahme sämtlicher Breslauer Schneidergesellen mit Windeseile unter den übrigen Zunftgesellen und es begann gewaltig in ihren Reihen zu gären. Sie fühlten

sich durch die Verhaftung der Schneidergesellen in ihrer Handwerkskehre beschimpft. Die Zuspitzung des Konflikts war dem wohlweisen Magistrat sehr unangenehm und er ließ den Ungarn, dessen willkürliche Verhaftung den Streit herbeigeführt hatte, über die Grenze bringen. Die anderen Verhafteten sollten mit der Weisung, friedlich an die Arbeit zu gehen, entlassen werden. Die Schneider weigerten sich und forderten zuerst die Zurückbeförderung ihres abgeschobenen Kollegen und für diesen eine Ehrenerklärung. Hierbei wurden sie von den Gesellen der anderen Handwerke energisch unterstützt. Diese Einmütigkeit führte zum erwünschten Ziel. Der schlesische Minister v. Hoym mußte den Ungarn zurückbefördern lassen. Die Gesellen aller zur Zunft gehörenden Handwerke requirierten einen Wagen, plazierten darauf acht Gesellen und neben ihnen ein Faß Bier und einen Korb voll Semmel, und zogen selbst nach dem Stadtgefängnis. Sie befreiten die in den Kasematten untergebrachten Schneider und zogen im Triumph zur Stadt zurück. Unterdessen bot der Stadtkommandant Militär auf und ließ mit Kartätschen geladene Kanonen auffahren. Die Wohnung des Ministers wurde mit einem achtzig Mann starken Pikett bewacht. Angesichts solcher feindlicher Maßnahmen gerieten die so herausgeforderten Handwerksgesellen in eine ungeheure Aufregung. Ihre leidenschaftliche Wut richtete sich hauptsächlich gegen den mißliebigen Ratsdirektor Werner. Den Beschwichtigungsversuchen des Ministers, des Kommandanten und des Generals von Dolfs schenkte die erregte Masse kein Gehör. Sie zog nach der Wohnung des Ratsdirektors. Dieser hatte den besseren Teil der Tapferkeit erwählt und hatte nur seine Kinder in der Wohnung zurückgelassen. Diese flüchteten vor der heranstürmenden Masse, die in ihrer Erregung die Wohnungsgeräte zerstörte. Dies Werk setzten sie in der Wernerschen Brauerei in Scheitnich fort. Erst mit anbrechendem Morgen legte sich die Erbitterung. Am Vormittag, 9 Uhr, durchfuhr Minister von Hoym unbedeckten Hauptes die Straßen und wurde mit Jubel und Hochrufen begrüßt. Die Gesellen verlangten von ihm die Auslieferung Werners. Aber dessen Freunde hatten Sorge getragen, ihn unter starker Bedeckung zum Tore hinaus zu befördern. Auf der Flucht, dicht vor dem Schweidnitzer Tor, brach ein Rad. Der Kutscher stürzte vom Wagen und der Flüchtige mußte durch das Tor eilen, das dicht hinter ihm schnell geschlossen wurde. Auf diese Weise entrann er der Lynchjustiz der aufgeregten Massen.

Durch das gütliche Zureden des Ministers ließen diese sich endlich beschwichtigen. Aber bald wurde die Volksseele wieder auf den Siedepunkt erhitzt, und zwar, wie man sagte, durch herausfordernde Handlungen der Anhängerschaft Werners. Da sprengte Kavallerie herbei und hieb auf die Wehr- und Waffenlosen blindlings ein. Diese rissen kurz entschlossen die damals lose unregelmäßig gefügten Pflastersteine auf, langten Ziegelsteine von den Dächern der niedrigen Häuser und wehrten sich gegen die anrückenden Soldaten durch Steinwürfe. Die Reiterei wurde zurückgedrängt. Die Infanterie hatte ihre wenigen Patronen bald verschossen und wurde nach der Schmiedebrücke zurückgeworfen. Hier errichtete man aus Wagentrümmern Barrikaden und rüstete sich zur Verteidigung mit Deichsel, Stangen und Piken aus. Da eröffnete der Kommandant Kartätschenfeuer. Der erste Schuß war nach der Schmiedebrücke gerichtet. Die Gesellen ließen sich nicht schrecken. Aufs höchste durch den Kartätschenschuß erbittert, stürmten sie vorwärts. Vorn schritt ein mit seinem Schlachtermesser bewaffneter Fleischergeselle. Ein zweiter Schuß streckte acht Personen nieder, ein dritter traf 11 Personen. Mit jedem Kartätschenschuß stieg die Erbitterung. Schließlich bedeckten 87 Tote den Kampfplatz; außerdem gab es 41 schwer Verwundete, von denen noch 16 starben. Insgesamt belief sich die Zahl der Toten auf 93, die der Verwundeten auf 78. Unter ihnen befanden sich viele Unbeteiligte.

Den Schluß dieses furchtbaren Gemetzels erzwang ein von starken Mitleidsempfindungen erfüllter Breslauer Bürger. Dieser drängte sich zu den Kanonen vor, stellte sich vor deren Mündung und rief: „Um Gottes Willen, hört doch auf!“ Endlich wurde das Kartätschenfeuer auf wehrlose Menschen eingestellt. Die Gesellen begaben sich in ihre Herbergen. Den „abgeschoben“ gewesenen Schneider geleitete man zunächst in die Schneiderherberge, um nach Handwerksbrauch seine Wiederehrlichsprechung zu veranlassen. Das geschah also: Der Kammerreferendar Graf von Kamecke mußte dem Gesellen im Beisein seiner Kollegen im Namen des Ministers „die Gesundheit und den Willkommen“ zutrinken. Vom Grafen von Kamecke, einem Adjutanten und zwei Altgesellen begleitet, wurde nun der Wiederehrlichgesprochene von Herberge zu Herberge geführt. In jeder trank der Adjutant mit ihm die „Gesundheit“. Durch das freundliche Verhalten beider Herren konnte der Zwiespalt beseitigt werden. Die Gesellen erklärten, sich ruhig verhalten zu wollen, und sie brachen nicht ihr Wort. Die Gefallenen wurden am 2. Mai unter starker Beteiligung der Zunftgesellen feierlich bestattet.

Den Trauerzug eröffnete eine Division Infanterie. Eine Kanone bildete den Schluß. Zu beiden Seiten ritt eine Eskorte Kürassiere mit gezogenen Palaschen. Nach der Bestattung mußte Graf von Kamecke alle Herbergen besuchen, wo er sich bei den Gesellen bedankte, daß sie ihr Wort gehalten hatten. Die Beerdigungskosten sowie die Kurkosten der Verwundeten wurden vom Minister übernommen, ebenfalls die Entschädigungen für die versäumte Arbeit der Gesellen, die Begleichung der Zechen in den Herbergen und die Pensionierung der Witwen und Waisen der Gefallenen.

Für unsere Frauen.

Die sozialdemokratische Frauenkonferenz in Jena.

Dem Parteitage vorauf ging am Freitag und Sonnabend die Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands. Zwar ist die sozialdemokratische Organisation in Deutschland eine für Männer und Frauen gemeinsame; Mann und Frau sind die gleichen Sozialdemokraten; aber trotzdem mögen diese Sonderkonferenzen der Frauen noch eine Berechtigung haben. Es gibt im großen, allgemeinen Emanzipationskampfe der Arbeiterschaft immer noch besondere und eigenartige Fragen für die Frauen zu beraten, und vor allem gilt es, die besonderen Wege ausfindig und gangbar zu machen, die die große, noch schlummernde materielle und sittliche Gewalt des Fraueneinflusses ganz für unsere Bewegung dienstbar machen. Und mehr wie je werden gerade in den nächsten Monaten die mahnenden und werbenden Rufe, die von der Parlamentstribüne der Frauen her in alle Hütten des Landes schallen, auch ein schallendes Echo und einen guten Resonanzboden finden.

Denn die nächsten Monate sind die Zeit der Vorberatung auf die notwendige Abrechnung bei den nächsten Reichstagswahlen. Und außerdem: eine internationale, kapitalistisch erzeugte Teuerung durchwühlt die Lande. Teuerung herrscht in Deutschland, Teuerung in Österreich, Hungeraufstände flammen in Frankreich und Belgien auf. Der infame Ablenker „Marokko“ aber hat gerade das Gegenteil von dem gezeitigt, was die schuldbeladene Verantwortlichen dieser Hungerzeiten davon erhoffen mochten. „Marokko“ hat nur mit Blitzlicht die Tendenzen dieser heutigen Wirtschaft und Politik: die Aussicht auf den kulturverheerenden Weltkrieg, auf ungeheuerliche weitere Rüstungen und steuerliches Weißbluten der Völker, beleuchtet. Also der Boden ist bereitet. Und der kommende Wahlkampf und vor allem die fortschreitende Lebensmittelteuerung werden wohl noch mancher fühlenden Frau und Mutter, die logisch denken kann, die Augen öffnen. Allerdings sind die unselige Zollvorlage, die infame Reichsfinanzreform, die erbärmliche Reichsversicherungsordnung zunächst nicht wieder rückgängig zu machen. Und die bürgerlichen Parteien wünschen nichts sehnlicher, als für die öffentliche Diskussion den Mantel der Liebe über diese ihre Verräterstücke zu breiten: ihr Verrat soll erledigt sein. Aber für die Sozialdemokratie steht er ganz im Gegentoll auf der lebendigen Tagesordnung ihrer Agitation, und Zolltarif und Finanzreform sollen in diesem Hungerjahre unserer Agitation erst rechte Früchte treiben. Und ebenso die Reichsversicherungsordnung. Die Sozialdemokratie wird nicht müde werden, immer wieder eine wirksame Witwen- und Waisenversicherung und einen ausreichenden Mutter- und Säuglingsschutz zu fordern. Und sie wird es in der Agitation vor den Frauen den Vertretern des Besitzes gedenken, daß sie samt und sonders aufgestanden sind und im Reichstage brutal und schamlos alles das niedergestimmt haben, was die Sozialdemokratie für die Frauen und Kinder beantragt hat. Die Schandtaten der bürgerlichen Parteien gegen wehrlose Frauen und Kinder werden unvergessen sein. Heute müssen noch 180 000 Frauen jährlich ohne ärztliche Hilfe oder Hebammendienste entbinden. Wenn allen diesen Frauen und ihren Geschlechtsgenossinnen, die nicht verhärtet gegen dieses gesellschaftliche Elend sind, die Wahrheit darüber klargelegt wird, daß keine einzige andere Partei als nur die Sozialdemokratie sich ihrer angenommen hat, dann muß unsere Agitation mit ehernen Schritten vorwärts schreiten.

Unaufhaltsam marschierte sie ohnedies. Dafür Zeugnis konnte im Geschäftsbericht des Frauenbureaus mitteilen, daß seit dem Parteitag in Nürnberg vor ein paar Jahren die Armee der politisch organisierten Frauen von 20 000 auf 108 000 angewachsen ist. In die schwierigsten Gegenden